

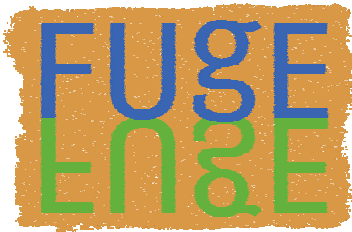


Hintergrundinformation

Afrika-Seminartag der Hellwegregion
**„Demokratisierung und
 Zivilgesellschaft in Afrika“**
 Samstag, 5. Juni 2010, 9.30-18.00 Uhr
 VHS Hamm, Willy-Brandt-Platz 3, 59065 Hamm

Programmablauf Weitere Infos unter www.fuge-hamm.de/afrika-seminar-2010.htm

9.30 Uhr	Empfang und Begrüßung	
10.00 Uhr	Zivilgesellschaft und Demokratie in Afrika mit Prof. Dr. Christof Hartmann (Internat: Politik und Entwicklungspolitik, Uni Duisburg-Essen) Moderation: Markus Heißler (Eine-Welt-Zentrum des Ev. KK Herne)	 Seite 1
11.15 Uhr	Frauen und Kultur bei Demokratisierungsprozessen in Mali, Burkina Faso, Togo und Kamerun u.a. mit Regina Riepe (Pädagogin), Mireille Mayam Meyanga (Initiativreis afrikanischer Vereine OWL, Kamerun), Moderation: Sandrine Nguele Meyanga (Politikwissenschaftlerin, Kamerun)	 Seite 9
13.30 Uhr	Zur Rolle der Zivilgesellschaft, Kirche und NGOs bei der Demokratisierung in der DR Kongo mit Heinz Rothenpieler (Dialog-International), Bokota Ramazani (Betriebswirt, Kongo), Irene Freimark-Zeuch (Lernen Helfen-Leben) und Heinz Schmidt (AK Mission-Entwicklung-Frieden, Lippborg)	 Seite 12
15.00 Uhr	Menschenrechtsarbeit und Demokratisierung in Ruanda mit Joel Sengi (Pax Christi, Ruanda) Moderation: Marc Stefaniak (FUgE/Hammer Forum)	 Seite 13
16.00 Uhr	Flüchtlingsproblematik und politische Entwicklung in Zimbabwe u.a. mit Claudia Kasten (Hammer Forum) und Christoph Beninde (Zimbabwe Netzwerk)	 Seite 15
17.15 Uhr	Chancen auf Frieden in Sudan und Tschad? Impulsreferat und Diskussionsrunde mit Dr. Kajo Schukalla (Gesellschaft für bedrohte Völker) und Abdallah Diop (Lernen-Helfen-Leben, Tschad)	 Seite 16
18.00 Uhr	Abschließende Auswertung des Seminartages und Ausblick	
18.30 Uhr	Ende und Musik von Joseph Mahame (Uganda) und Yemi Ojo (Nigeria)	



Forum für Umwelt und
gerechte Entwicklung e.V.



Afrika-Seminartag "Demokratisierung und Zivilgesellschaft in Afrika"

Vorträge und Diskussionsrunde mit Afrika-Experten

Wann: 5. Juni 2010, von 9.30 Uhr bis 18.00 Uhr

Wo: VHS-Hamm, Heinrich-von-Kleist-Forum, am Hbf Hamm

Die Wahl von Nelson Mandela zum Staatschef Südafrikas 1994 gehört zweifellos zu den gelungensten Beispielen von Demokratisierung. Robert Mugabe dagegen regiert das einst aufstrebende Simbabwe seit Jahren als Diktator und treibt das Land in den wirtschaftlichen Ruin. Auf einem guten Weg ist Ghana mit John Atta Mills, der seit Januar 2009 Präsident des westafrikanischen Landes ist. 18 der 53 Staaten Afrikas haben im Jahr 2009 eine „demokratisch“ gewählte Regierung. Armut ist dabei kein Hauptkriterium, demokratische Prozesse zu messen: „Demokratie allein bringt keinen Wohlstand, schafft keine Arbeitsplätze, sichert keine medizinische Versorgung“, so Dr. Jakob E. Mabe aus Kamerun. 8 der 17 repressivsten Staaten der Welt liegen jedoch in Afrika, kommentieren Johanna Mantel und Rüdiger Wolfrum (Ein Kontinent lernt Demokratie, 2010). Was steckt hinter diesen Statistiken und wie ist Demokratie messbar? Mit dieser Frage und unterschiedlichen Facetten der Kultur und politischen Entwicklung Afrikas befasst sich das Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung (FUGe) beim Afrika-Seminartag „Demokratisierung und Zivilgesellschaft in Afrika“, der am Samstag, 5. Juni 2010, ab 9.30 Uhr im Heinrich-von-Kleist-Forum in den Räumen der VHS-Hamm stattfindet.

Anlässlich der bevorstehenden Fußball-WM in Südafrika möchte FUGe während des Seminars auch einen anderen Blickwinkel auf den Kontinent zeigen. Eine-Welt-Interessierte sind herzlich eingeladen, Vorträge anzuhören und an Diskussionsforen teilzunehmen, die mit Afrika-Experten gestaltet werden. Das Seminar soll insbesondere dazu beitragen, den Einfluss der Zivilgesellschaft und Kultur auf Demokratisierungsprozesse in Afrika zu verstehen, Entwicklungszusammenarbeit dahingehend kritisch zu reflektieren und Gründe von (Fehl)Entwicklungen in Afrika einschätzen zu können.

Nach der Begrüßung um 9.30 Uhr bringt Prof. Dr. Christof Hartmann, Universität Duisburg/Essen, die Keynote „Zivilgesellschaft und Demokratie in Afrika“ ein. Danach untersuchen Mireille Mayam Meyanga (Initiativkreis afrikanischer Vereine OWL, Kamerun) und Regina Riepe die Rolle der „Frauen und Kultur bei Demokratisierungsprozessen“ in Mali, Burkina Faso, Togo und Kamerun. Ab 13.30 Uhr gehen Heinz Rothenpieler (Dialog-International), Bokota Ramazani (Betriebswirt, Kongo) und Joel Sengi (Pax Christi) auf die Rolle der Zivilgesellschaft, Kirche und NGOs bei der Demokratisierung in der DR Kongo, Ruanda und Uganda ein. Zum Schluss klären Claudia Kasten (Hammer Forum), Christoph Beninde (Zimbabwe Netzwerk) und Abdallah Diop (Lernen-Helfen-Leben, Tschad) die Flüchtlingsproblematik und politische Entwicklung in Zimbabwe, Namibia, Tschad und Sudan.

Der Eintritt ist frei. Um Anmeldung wird wegen der Verpflegung gebeten. Per E-Mail an fuge@fuge-hamm.de oder Tel. 02381-41511. Ausführliche Infos zum Afrika-Seminartag der Hellwegregion unter www.fuge-hamm.de

Der Afrika-Seminartag wird von der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWent aus Mitteln des BMZ) und dem evangelischen Entwicklungsdienst (EED) gefördert.

Mit der freundlichen Unterstützung durch



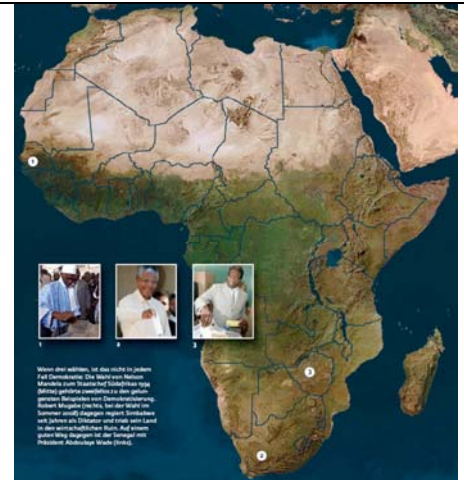
10.00 Uhr **Zivilgesellschaft und Demokratie in Afrika** mit Prof. Dr. Christof Hartmann (Internationale Politik und Entwicklungspolitik, Uni Duisburg-Essen)
Moderation: Markus Heißler (Eine-Welt-Zentrum des Ev. Kirchenkreises Herne)



Johanna Mantel und Rüdiger Wolfrum: **Ein Kontinent lernt Demokratie** (Quelle: MaxPlanckForschung - Das Wissenschaftsmagazin der Max-Planck-Gesellschaft, Ausgabe 1/2010
<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfaus035.html>)

Die Wahl von Nelson Mandela zum Staatschef Südafrikas 1994 (Mitte) gehörte zweifellos zu den gelungensten Beispielen von Demokratisierung. Robert Mugabe dagegen regiert Simbabwe seit Jahren als Diktator und trieb sein Land in den wirtschaftlichen Ruin. Auf einem guten Weg ist Ghana mit John Atta-Mills, der mit einer knappen Mehrheit Januar 2009 zum Präsidenten gewählt worden ist.

Konflikte, Korruption, Kriminalität - geradezu klischeehaft verbinden sich diese negativen Attribute mit Afrika. Tatsache ist: Der Kontinent kommt nicht zur Ruhe. Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht fungiert seit Jahren in dem Friedens- und Verfassungsprozess des Sudan als Berater und Vermittler. Außerdem ist es in den somalischen Verfassungsprozess involviert. Was aber kann eine der Grundlagenforschung verpflichtete Einrichtung zur Befriedung solcher Länder beitragen? Ein Werkstattbericht.



Democracy? Dem all crazy!" So schimpfte der berühmte, inzwischen verstorbene nigerianische Musiker Fela Kuti, als BBC-Journalisten ihn aus Anlass einer Demonstration in seinem Heimatland fragten, was er von Wahlen in Afrika halte. Auch beim deutschen Betrachter löst die Wortkombination "Demokratie" und "Afrika" meist hoffnungsloses Kopfschütteln oder zynische Bemerkungen aus. In der Öffentlichkeit hält sich hartnäckig das Klischee Afrikas als Krisenkontinent. Ob Kriege, Dürren oder Staatsstriche: Überwiegend erreichen Katastrophenmeldungen aus dem "Herzen der Finsternis" die Bundesbürger.

Afrika verliert an allen entwicklungspolitischen Fronten - und sammelt förmlich negative Auszeichnungen: niedrigster Lebensstandard, geringste Lebenserwartung und höchste Kriminalitätsraten, zudem Korruption, Hunger und ökonomischer Stillstand, Aids und Bürgerkrieg. Ganz zu schweigen von der Demokratie. Der jährliche Report Freedom in the World der amerikanischen Organisation Freedom House, der die Lage der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten in 193 Ländern analysiert, weist zwar global eine positive Tendenz auf. Laut dem Regionalbericht Freedom in Sub-Saharan Africa 2009 bewegt sich der Kontinent jedoch in die andere Richtung.

Während weltweit 46 Prozent der Staaten als frei (free), 32 Prozent als teilweise frei (partly free) und 22 Prozent als nicht frei (not free) eingestuft werden, sind es im subsaharischen Afrika nur 21 Prozent, die als frei bezeichnet werden, 48 Prozent als teilweise frei und 31 Prozent als nicht

frei. Nur 18 der 53 kontinentalafrikanischen Länder haben demokratisch gewählte Regierungen (electoral democracies). Von weltweit 17 Ländern, die als am repressivsten eingestuft wurden (worst of the worst), befinden sich acht auf dem afrikanischen Kontinent.

Doch welchen Aussagewert haben diese Statistiken und wie misst man eigentlich Demokratie? Staatliche und nichtstaatliche Akteure in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bemühen sich darum, differenzierte Bewertungskriterien auszuarbeiten. Diese sind jedoch nicht unumstritten. So etwa wird kritisiert, dass die Geberländer nur westliche Errungenschaften würdigen, nicht aber "unmessbare" Werte afrikanischer Gesellschaften. Daher erscheint es wichtig, angemessene Indikatoren zu finden, die auch andere gesellschaftliche Fortschritte einbeziehen.

Eindeutiger sind dagegen die Kriterien der Rechtsstaatlichkeit. Das Heidelberger Max-Planck-Institut legt seinen Projekten konkrete Maßstäbe wie die Gewährleistung des Zugangs zu Gerichten, die Wahrung der Menschenrechte bei Handlungen der Verwaltung oder die Durchsetzung von gerichtlichen Entscheidungen zugrunde; dabei berücksichtigt es allerdings auch traditionelle Mechanismen der außergerichtlichen Streitbeilegung.

... Neben Südafrika wurden **die Gewaltherrschaften in Benin, Äthiopien, Liberia und Mali** beendet und viele andere waren in ihrer Vorherrschaft bedroht.

Oppositionsaktivisten im frankophonen Afrika organisierten nationale Konferenzen, um ihre Oberhäupter und Politiker wegen Korruption und Gewaltanwendung zur Rechenschaft zu ziehen.

Aktivisten in Ghana und Nigeria verdichteten ihre Demokratisierungskampagnen. Einparteiensysteme wie in der Elfenbeinküste, in Kenia und Sambia zerbrachen.

Heute sind die Aussichten gleichwohl wieder trüber: **Die Elfenbeinküste zerfiel im Bürgerkrieg in zwei Teile und besteht seit dem Jahr 2007 aus einem prekären Machtteilungskompromiss.** Wahlen sollen, nachdem das Mandat des Präsidenten bereits 2005 abgelaufen und durch die Vereinten Nationen mehrmals verlängert worden war, nun im März 2010 stattfinden. Doch auch dieser Termin wird nicht zu halten sein, und aktuell kommt es in dem Land immer wieder zu blutigen Unruhen.

Vorwürfe der Wahlfälschung lösten in Kenia im Dezember 2007 massive Ausschreitungen aus, die ethnische Konflikte aufflammen ließen. Nur nach langwierigen Verhandlungen und unter der Vermittlung des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan kam es zu einer Koalitionsregierung, die jedoch seitdem unter gegenseitigen Korruptionsvorwürfen immer wieder zu zerbrechen droht.

Was sind also die demokratischen Perspektiven Afrikas? Ist Demokratie in Afrika gescheitert? Oder befindet sie sich vielmehr langsam auf dem Vormarsch? Die Frage lässt sich nicht leicht beantworten. Natürlich gibt es unbestreitbare Erfolge wie in Ghana, Mali oder Senegal, wo zugkräftige Oppositionsparteien und -koalitionen Mehrparteienwahlen zu ihren Gunsten entscheiden konnten. Doch es existieren auch weiterhin genügend

Beispiele von Misserfolgen

Demokratisierungsbemühungen: der blutige Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo, das Scheitern des Staatsaufbaus in Somalia, die tyrannische Herrschaft Mugabes in Simbabwe oder der Konflikt in Darfur, der immer wieder auch die Nachbarstaaten einzubeziehen droht.

Es geht vornehmlich darum, zu differenzieren und das ganze Spektrum möglicher Entwicklungen zu erfassen - von der langjährigen

Mehrparteiendemokratie Senegals über die Schaffung funktionierender rechtsstaatlicher Institutionen in Mali und Benin und Fassadendemokratien in Äthiopien und Guinea bis zu den von Krieg bedrohten Staaten wie Elfenbeinküste und DR Kongo. Eine gründliche

Analyse der sehr unterschiedlichen Prozesse in den Ländern ist vonnöten. Vor diesem Hintergrund ist die Reformdiskussion über die Bildung von Schwerpunktländern in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu begrüßen.

... Rechtsstaatliche Institutionen, vor allem Parlamente, bleiben weitgehend machtlos und scheitern in ihren politischen Kontrollfunktionen oft einfach nur an unzureichender materieller und personeller Ausstattung. Teilweise wird die fehlende

Kontrolle über die Exekutive durch die umfangreiche Kompetenz der Verfassungsgerichtsbarkeit wettgemacht. Doch dies führt zum Problem der demokratischen Legitimation.

Eine maßgebliche Steigerung der demokratischen Kontrollrechte ist notwendig. Dabei ist die Stärkung der Parlamente gefragt.

Das Max-Planck-Institut unterstützt etwa in **Somalia** die Schaffung eines parlamentarischen Systems. Im **Sudan** führt es vor den anstehenden Wahlen derzeit Wahlrechtstrainings durch und ist sowohl im Norden als auch im Süden des Landes in der Gesetzgebungsberatung aktiv.

Dabei kann das Team des Instituts auf bestehende Strukturen aufbauen. Die Traditionen und brauchwürdigen Strukturen sollte man nicht außer Acht lassen. Im vorkolonialen Afrika gab es zwar keine Verfassungen, doch es existierten Gesellschaftsstrukturen, die ihre Regime dem Volk rechenschaftspflichtig machten. So waren die Könige im Oyo-Imperium, das sich über das heutige **Benin, Nigeria** und **Togo** erstreckte, verpflichtet, abzutreten oder Selbstmord zu begehen, wenn der Ältestenrat so befand. Auch Ashanti-Herrscher, auf dem Gebiet des heutigen **Ghana**, konnten von ihren Untergebenen abgesetzt werden.

... Insbesondere in sogenannten post-conflict-Ländern ist die Lösung von Fragen wie Gerechtigkeit, Wiedereingliederung von Flüchtlingen oder Landkonflikten von höchster Dringlichkeit. In Ländern, die bereits über gefestigte staatliche Strukturen verfügen, bedarf es ferner der Einführung gerichtlicher Verfahren, in denen die Bürger ihre Rechtspositionen auch gegen den Staat durchsetzen können. Missstände wie fehlende Vollstreckungsmechanismen, Selbstjustiz und Misshandlung angeblicher Straftäter, unfaire Verfahren, Korruption der Justiz und anderer staatlicher Organe sind weit verbreitet. Zur Lösung dieser schwerwiegenden Probleme muss auf verschiedenen Ebenen angesetzt werden.

Zum einen muss eine Stärkung der staatlichen Strukturen erfolgen - und unbedingt mit einer intensiven Förderung der Rechtsstaatlichkeit einhergehen. Der deutschen und europäischen Entwicklungspolitik fehlen diesbezüglich oft konkrete Zielvorgaben. Fragen der guten Regierungsführung (good governance) werden gegenüber der Stärkung demokratischer Institutionen und Akteure bevorzugt. **Dabei sind Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit Voraussetzungen, um die Achtung der Menschenrechte und Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung erst zu ermöglichen.**

...

Zusammenfassung

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Afrika wird nach wie vor sehr unterschiedlich eingeschätzt.

Wenngleich manche Projekte gescheitert sind, weist Afrika nicht nur Fehlformen, sondern auch positive Entwicklungen auf. Die demokratische Liberalisierung, die Bildung, die Verbesserung der Wohnverhältnisse etc. zählen zu diesen positiven Beispielen, die zeigen, dass die Lage Afrikas trotz aller Schwierigkeiten nicht hoffnungslos ist. Die Verantwortung der Afrikaner für die Fehlentwicklungen muss etwas differenzierter dargestellt werden. An die afrikanischen Machträger wird appelliert, Konsequenzen aus ihrer bisherigen Schuldenpolitik zu ziehen, indem sie auf Kredite der multilateralen Geber fortan verzichten. Denn die Auslandsverschuldung hat sich zum Teil als hinderlich für die ökonomische Entwicklung erwiesen. Afrika sollte damit aufhören, bei der Planung und Durchführung selbst kleinerer Projekte stets mit der finanziellen Hilfe aus dem Ausland zu rechnen. Die westlichen Wissenschaftsberater und Entscheidungsträger haben ebenfalls Anteil am Mislingen vieler Entwicklungsprojekte in Afrika. **Die der Entwicklungspolitik zugrunde liegende Modernisierungsideologie ist eine Irrlehre, insofern sie die Annäherung sowie den Geist der Freundschaft und Partnerschaft zwischen Afrika und dem Westen systematisch behindert.** Dass heute die eigene Anstrengung der Afrikaner zur Voraussetzung für die technische und finanzielle Förderung gemacht wird, ist zu begrüßen. Allerdings sind viele Projekte auch gescheitert oder haben die gesetzten Ziele nicht erreichen können, obwohl sie unter der Leitung und Aufsicht der Fachleute aus den Geberländern durchgeführt worden sind.

I. Zur Lage Afrikas im wissenschaftlichen Diskurs

... Über die Frage, was ein gutes oder schlechtes Projekt ist, gehen die Meinungen zwischen Afrikanern stets weit auseinander. Das Fehlen von objektivierbaren Kriterien zur Bewertung dessen, was Entwicklung sei, hat dazu geführt, dass jeder Wissenschaftler stets von eigenen subjektiven Eindrücken ausgeht. **Der Konflikt spitzt sich insbesondere in der Frage der Verantwortlichkeit für die Fehlentwicklungen zu. Während die Afrikaner die Planung und Durchführung von Projekten ausschließlich nach eurozentrischen Ideen für deren Scheitern in Afrika verantwortlich machen, kontern die Europäer mit der Unterstellung, die Afrikaner litten an einer „infantilen Nachlässigkeit“**, die sie daran hindere, die Seriosität sowie die Dimension der Entwicklungsvorhaben zu begreifen. Statt jeweils Selbstkritik zu üben, beschuldigen sich die vermeintlichen Partner aus beiden Lagern beständig gegenseitig, obwohl sie ein gleiches Maß an Verantwortung ebenso für die „guten Wege“ wie für die Irrwege in Afrika tragen. Ungeachtet aller ideologischen Divergenzen sind die meisten Entwicklungswissenschaftler der gemeinsamen Überzeugung, dass der afrikanischen Kultur- und

Lebenswelt Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen, die nicht nach europäischen Kriterien erklärt werden können. Somit versuchen sie, andere Maßstäbe an den afrikanischen Kontinent anzulegen, um dessen Andersartigkeit und Einzigartigkeit zu belegen. Dies ist zweifellos einer der wesentlichen Gründe, weshalb sich der Dialog der Europäer mit Afrikanern entweder einseitig gestaltet oder schlechterdings nach Europa verlagert. Man denke dabei an die **Auseinandersetzung zwischen afrophilen Optimisten** (auch Afro-Optimisten), die an die Zukunftsfähigkeit Afrikas glauben, **und afrophoben Pessimisten** (Afro-Pessimisten), die per Extrapolation die Entwicklungen in Afrika als eine Bedrohung für die gesamte Menschheit bezeichnen. Man diskutiert skrupellos über Afrikaner, ohne sie am Disput teilnehmen zu lassen. Das Spezifikum der Afrophoben ist ihre Neigung, die politische, gesellschaftliche, ökologische oder wirtschaftliche Situation Afrikas schlechter darzustellen, als sie in Wirklichkeit ist.

... Gewiss hatten auch die Afrikaner jahrelang mit der Entwicklungspolitik Hoffnungen verbunden, die längst in Enttäuschung umgeschlagen sind.

Doch bei aller Kritik ist die Entwicklungszusammenarbeit bislang nicht immer negativ gewesen, wenngleich die durchgeführten Projekte meist weit hinter allen Erwartungen geblieben sind. Trotzdem darf man insbesondere den Westeuropäern keine „bösen“ Absichten unterstellen. Denn sie haben ungemein heroische Leistungen erbracht, um den Ländern Afrikas zum ökonomischen und technischen Fortschritt zu verhelfen.

II. Aktuelle politische und sozioökonomische Fragen Afrikas

1. Der Arbeitsmarkt

Obwohl die Mehrheit der Afrikaner auf Lohnarbeit angewiesen ist, gelingt es den Regierungen kaum, den afrikanischen Arbeitsmarkt so zu reformieren, dass er den sozialen und den marktwirtschaftlichen Anforderungen des gegenwärtigen Zeitalters entsprechen kann. Waren sich gut ausgebildete Afrikaner (und Afrikanerinnen) in den 1960er Jahren durchweg ihres Arbeitsplatzes sicher, so hat sich die Situation am Arbeitsmarkt in den letzten drei Dekaden Jahr für Jahr dramatisch verschlechtert. Noch gravierender ist die rapide Zunahme der Erwerbsbevölkerung, während die Zahl der ohnehin knappen Arbeitsplätze ständig zurückgeht. Beklagenswert ist zudem die maßlose Unterbeschäftigung. Nicht zuletzt könnte man auch von einer hohen Beschäftigungslosigkeit vor allem in den Städten sprechen, wo man Menschen mit guter Ausbildung findet, die sogar schon im Rentenalter stehen, ohne jemals eigenständig Geld verdient zu haben. Doch auch **Niedriglohnpolitik**

insbesondere im Sekundärsektor (Industrie, Bergbau) und im Primärsektor (Landwirtschaft), wie in der Elfenbeinküste, in Kongo, Ghana, Kamerun, Nigeria, Simbabwe etc. betrieben, hat nicht den massiven Abbau von Arbeitsplätzen verhindern können. Ungeachtet vieler Zugeständnisse von Seiten afrikanischer Regierungen haben dort die meisten ausländischen Großinvestoren ihre Betriebe geschlossen und das Land verlassen.

2. Die Ernährungssituation

Trotz der Dominanz der Landwirtschaft ist die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln allgemein unzureichend. **Statt die Subsistenzlandwirtschaft zu fördern, gaben die afrikanischen Regierungen der vom Kolonialismus geerbten Plantagenwirtschaft (Kaffee, Kakao, Tabak, Baumwolle, Zuckerrohr, Kautschuk etc.) den Vorzug** – in der Hoffnung, dadurch ausreichend Devisen aus dem Außenhandel zu erwirtschaften, mit denen sie andere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Bürger durchführen konnten. Doch auch Länder wie Kamerun und die Elfenbeinküste, die in den 1970er Jahren noch als autarke Selbstversorger galten, verzeichnen heute Nahrungsdefizite insbesondere in Regionen, in denen die traditionelle Landwirtschaft vernachlässigt wurde.

3. Das Regierbarkeitsproblem

Es gibt kaum ein afrikanisches Land ohne Regierungsprobleme. **Unbeschadet der politischen Liberalisierung regieren viele Machträger wie noch in Zeiten von Zivil- und Militärdiktaturen.**

Menschenrechte werden immer noch schwer verletzt. Es ist kaum fassbar, dass Menschen heute noch wegen freier Meinungsäußerung verurteilt, gefoltert und getötet werden, weil sie einer bestimmten Ethnie oder Religion angehören. Abgesehen von den damit verbundenen Folgen für den sozialen Frieden hat das schlechte Regieren die Professionalisierung der Lüge in der Politik gefördert.

4. Die Energieversorgung

... Nicht nur in Äquatorialguinea, sondern auch in anderen Ländern insbesondere der Sahelzone (Tschad, Niger, Burkina Faso, Mali, Sudan etc.) bleibt die Elektrizitätsversorgung nach wie vor sehr unzureichend. Doch selbst in Ländern mit hoher Wasserkraftwerksleistung (Mosambik, DR Kongo und Kamerun) ist die Elektrizität für die Mehrheit der Bevölkerung sehr teuer. Die Förderung neuer und erneuerbarer Energien (Sonne, Biomasse, Wind) ist aus Kostengründen ebenfalls begrenzt.

5. Die ländliche und städtische Armut

Die ländliche Armut hat in den letzten Jahrzehnten eine beispiellose Dimension angenommen. Wegen langer Trockenzeiten sowie anhaltender Dürrekatastrophen ergreifen immer mehr auf Ackerbau angewiesene Menschen die Flucht in die Städte. Denn **in der Stadt gibt es wenigstens Nahrungsmittel für diejenigen zu kaufen, die sie sich leisten können.** Mit der Land-Stadt-Wanderung geht eine besorgniserregende Verarmung einher, die manche Großstädte wie Abidjan, Duala, Kinshasa, Lagos etc. fast unregierbar macht.

6. Die Bildung

Bildung und Ausbildung zählen zweifelsohne zu den positiven Hinterlassenschaften der europäischen

Kolonisation. Seit Beginn der postindependenten Phase wurde viel in die Bildung investiert. Viele Menschen wurden eingeschult. **Das Problem der Bildungspolitik bleibt allerdings die fehlende Gewährleistung der Chancengleichheit für alle jungen Menschen unabhängig davon, ob sie aus reichen oder armen Verhältnissen kommen.** Häufig müssen arme Kinder und Jugendliche wegen Geldmangels die Schule abbrechen. Daraus ist eine gefährliche Unteralphabetisierung entstanden, die fast allen Ländern Afrikas ernste soziale Schwierigkeiten bereitet. Denn im Gegensatz zu Analphabeten, die sich mit ihrer Tätigkeit als Ackerbauer, Jäger, Fischer, Sänger, Tänzer, Töpfer etc. zufrieden geben, sofern sie keinen Nachwuchs bekommen, hegen die Unteralphabetisierten meist nur Neid auf alle, die Fremdsprachen gut beherrschen, eine abgeschlossene Ausbildung vorweisen oder einen qualifizierten Job ausüben. Aus dieser Gruppe kommen die meisten Menschen, die mit Magie und Hexerei ihre intellektuelle (formative) Lücke kompensieren wollen. Der Neid treibt sie zudem zu hasserfüllten Reaktionen auf Reiche, wohlhabende Migranten (überwiegend aus Europa), Touristen etc. Doch die Alphabetisierung hat andere Probleme mit sich gebracht. **Aus gut ausgebildeten Menschen sind ewig Beschäftigungslose oder Arbeitslose geworden, die entweder auswandern oder schlicht dem Alkohol verfallen, um ihre Sorgen zu verdrängen.** Denn auch Leute mit qualifiziertem Schul- oder Hochschulabschluss haben keinerlei Berufsperspektiven, es sei denn, sie haben bereits gut etablierte Verwandte in Politik und Wirtschaft. Der gegenwärtige Massenexodus in Richtung Europa und Nordamerika ist keine Lösung, denn er könnte den archaischen Nord-Süd-Konflikt sowie die damit einhergehende Rassenanimosität wieder anfachen. Es liegt im Interesse insbesondere der Europäer, mit afrikanischen Regierungen auf diesem Gebiet enger zusammenzuarbeiten, um zumindest den noch in Afrika lebenden Menschen zum Verbleib in ihrer Heimat zu verhelfen.

7. Die Lebenserwartung und die Volkseinkommen

Der Rückgang der Lebenserwartung und der Volkseinkommen ist ebenfalls besorgniserregend.

Dass Länder wie Kamerun, die Elfenbeinküste, Kongo, Ghana, Gabun, Nigeria etc. heute ärmer sind, als sie es 1980 waren, ist unverständlich. Zudem gibt es immer mehr Krankheiten in Afrika, die unmittelbar mit der zunehmenden Armut zusammenhängen.

8. Die Entwaldung

Die Vernichtung von Wäldern zur Gewinnung von Bau-, Nutz- und Brennholz oder zur Erweiterung von landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie zur Erschließung neuer Industrie- und Wohngebiete ist den Afrikanern wie den Holzimporteuren der Industrieländer gleichermaßen anzulasten. **Mit der Entwaldung geht die Zerstörung der Lebensräume für Menschen, Tiere und**

Pflanzen einher. Gehen gewaltige Waldflächen in Afrika verloren, so verändert sich nicht nur das afrikanische Ökosystem radikal, sondern auch das Weltklima. Abgesehen davon können die wegen der Abholzung ausgelaugten Böden keine Erträge mehr dort bringen, wo die Menschen auf ökologischen Anbau angewiesen sind. Ob die Förderung der Landwirtschaft mit künstlichem Dünger in ländlichen Regionen Afrikas akzeptiert werden kann, ist schwer zu beweisen.

9. Die Infrastruktur

Die in den 1960er und 1970er Jahren erzielten Fortschritte im Bereich der Verkehrs- und Kommunikationsnetze sowie der Wasserversorgung lassen sich heute kaum noch erkennen. Auch das Gesundheitswesen ist eine veritable Katastrophe. Am meisten betroffen sind die ländlichen Bewohner.

10. Der Handel

Der Handel und die Dienstleistungen sind heute mangelhaft. Das afrikanische Wirtschaftsleben ist seit Jahrzehnten gekennzeichnet durch das Nebeneinander von geregelt und normiertem Dienstleistungssektor einerseits und einer unkoordinierten und kaum kontrollierbaren Schattenwirtschaft und Verwaltung andererseits, mittels derer über 60 Prozent der Bevölkerung ihre Existenz sichern oder ihre Geschäfte sogar mit dem Ausland abwickeln. Der Staat ist nun gefordert, diesen Sektor nicht mehr zu missachten, sondern Strukturen für dessen Organisation zu schaffen.

11. Die Verschuldung

Die Auslandsverschuldung steigt stetig, und bislang scheint es dagegen kein geeignetes Mittel zu geben. **Um ihre Binnenwirtschaft anzukurbeln, setzten die meisten Regierungen nach der Unabhängigkeit auf die Landwirtschaft.** So konnte die Elfenbeinküste beispielsweise nach knapp zwei Jahrzehnten nicht nur die vorbildhaften Länder Ghana und Kamerun überholen, sondern auch zum größten Kakaoexporteur der Welt avancieren. Viele andere Länder verzeichneten durch den Export von Kakao, Rohkautschuk, Kaffee, Baumwolle und Palmöl jahrelang zwar Handelsbilanzüberschüsse. Doch es gelang ihnen nicht, den Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am BIP so zu erhöhen, dass damit der Haushalt finanziert werden konnte. Zur Lösung ihres Budgetproblems griffen die afrikanischen Regierungen auf Auslandskredite in der Hoffnung zurück, dass sich der Weltmarkt zugunsten ihrer Agrarprodukte bald verbessern werde. Doch auch in Ländern wie Nigeria, DR Kongo, Angola, Simbabwe etc., die als reich an Industrierohstoffen galten, gerieten die Regierungen mit ähnlichen Hoffnungen in die Schuldenfalle.

III. Der Weg zur Demokratie

Die im Bereich der Bildung, des Städtebaus, der Verbesserung der Wohnverhältnisse, der Verkehrsinfrastruktur realisierten Vorhaben sind unübersehbar. Es gibt dennoch viel zu tun, um die Zukunftsfähigkeit Afrikas zu sichern. Was die Demokratisierung angeht, so hat sie in den letzten zwölf Jahren das Leben der Völker Afrikas grundlegend verändert. Mit Demokratie verbindet sich die Hoffnung

der Menschen auf Rechtssicherheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit. Wenngleich Senegal bereits 1980 mit Demokratisierung im Sinne des Parteienpluralismus begann, setzten die afrikanischen Demokratiebewegungen erst ab 1989 ein. Ihr Ziel war u.a. die Ablösung von Zivil- und Militärdiktaturen durch frei gewählte Parlamente und Staatsoberhäupter.

... Das Haupthindernis der jungen Demokratien Afrikas liegt in der massiven Zersplitterung der Oppositionsparteien, die deswegen nicht in der Lage sind, mit der Partei des jeweils regierenden Präsidenten ernsthaft zu konkurrieren, geschweige denn Wahlen zu gewinnen. Dies besagt allerdings nicht, dass die Wahlen fair und ohne Unregelmäßigkeiten verlaufen. Denn in manchen Fällen spiegeln die Wahlergebnisse nur halbwegs die Realität wider, wie sich dies in Simbabwe erst kürzlich gezeigt hat. Ungeachtet aller mit dem politischen Liberalismus verbundenen Vorteile wissen die Völker, dass die Demokratie allein keinen Wohlstand bringt, keine Arbeitsplätze schafft, keine medizinische Versorgung sichert etc.



„Korruption“ Godfrey Mwampembwa (Gado) aus Kenia/Tansania, 2006

Das derzeitige Plädoyer der afrikanischen Staatspräsidenten für „Good Governance“ wird oft fälschlicherweise als Offenbarungseid oder mutiges Eingeständnis ihrer Führungsschwäche verstanden.

... Welches sind nun die gegenwärtigen demokratischen Formen Afrikas?

- A)** Manifeste, stabile Demokratien: Senegal, Benin, Südafrika.
- B)** Nominelle Demokratien mit stabilem Mehrparteiensystem, doch mit Dauerpräsidenten trotz Mehrparteienexistenz: Kamerun, Togo, Kenia.
- C)** Nominelle Demokratien mit fragilen Machtstrukturen, die wieder in eine Militär- oder Zivildiktatur zurückfallen können: die Elfenbeinküste, die Republik Kongo, Nigeria.
- D)** Latente Demokratien mit Einparteiensystem: Uganda, Burkina Faso.
- E)** Transitdemokratien: Ruanda, Angola, Burundi.

IV. Die Probleme demokratischer Entwicklungen in Afrika

1. Fallbeispiel Nigeria

Demokratie ist ein sehr fragiles Ordnungssystem, das ohne politische Moral der Führer und Bürger nicht lange bestehen kann. Dessen ungeachtet stellt sie eine Ordnungsform dar, von der die Zukunft Afrikas abhängt. Zwar ist der Weg dorthin langwierig und mühsam, doch die Afrikaner müssen ihn konsequent weiter gehen. Demokratie eignet sich nicht nur für kleine Länder wie Äquatorialguinea, Ruanda, Burundi, Eritrea, Lesotho und Gambia, sondern sie bietet auch den Vielvölkerstaaten Kamerun, Nigeria, DR Kongo, Südafrika etc. die Chance, religiöse oder ethnische Unruhen dauerhaft zu vermeiden. In Nigeria scheint es Präsident Obasanjo nach 15 Jahren Militärdiktatur zu gelingen, das Land aus der internationalen Isolation zu bringen. **Doch wenn er die Wahlen gewinnen sollte, müsste er wirtschaftliche und soziale Erfolge erzielen, um die Demokratie in Nigeria zukunftsfähig zu machen.**

2. Fallbeispiel Kamerun

... **Heute ist die tribale Heterogenität noch deutlicher, als dies zu Beginn der Republik der Fall war. Hinzu kommt die drastische Zunahme der Verelendung. Während 1982 (Machtübernahme Biyas) Kamerun zu den wenigen Ländern Afrikas mit gesunder Wirtschaft zählte, ist das Land heute genauso arm wie es 1975 war.**

3. Fallbeispiel Simbabwe

... **Während die Eurosimbabwe die Anerkennung ihrer Rechte als legitime Eigentümer (mit Schadensersatzansprüchen) verlangen, fordern die landlosen Shona und Ndembele eine bedingungslose und rasche Rückgabe des Landes ihrer Vorfahren. Statt nach einer schnellen Lösung zu suchen, taktierte Mugabe 20 Jahre lang mit einer heuchlerischen Neutralitätspolitik. Aus machttaktischen Gründen tut er so, als ob er Partei zugunsten der Landlosen nehmen würde, die er jahrelang systematisch vernachlässigt hatte.**

Doch die Farmer und sonstigen Eurosimbabwe sind auch für diese traurige Entwicklung verantwortlich. Denn sie haben Mugabe wohlwollend unterstützt. Sie dachten, der Machterhalt Mugabes würde alle Forderungen nach Landverteilung blockieren oder verzögern, was auch zeitweise gelang. Mit ihrer Unterstützung vermochte es Mugabe, den anfänglichen Pluralismus zu zerschlagen und das Land in einem de-facto-Einparteiensystem verkommen zu lassen. Nun regiert er nach Lust und Laune, und die Verlierer seiner Politik sind nicht nur die Farmer, sondern alle Simbabwe. Jetzt hat er mit dem **massiven Einfluss der 1999 gegründeten Bewegung für Demokratischen Wandel** ernsthafte Konkurrenz bekommen. Statt die anstehenden wirtschaftlichen Probleme zu lösen, taktiert Mugabe wieder, indem er jegliche Missstände des Landes auf die ungelöste Landordnung reduziert. Nun müssen alle Simbabwe unabhängig ihrer Couleur gemeinsam Verantwortung für ihr Land übernehmen.

V. Zukunftweisende Wege

Was kann und soll getan werden, um die negativen Veränderungen in Afrika zu stoppen? „Gottes Mühlen mahlen langsam, mahlen aber trefflich fein.“ Wir können nur hoffen, dass die kreativen Kräfte Afrikas sich nicht durch die Attacken des afrophilen Pseudokosmopolitismus sowie des afrophoben Eurozentrismus entmutigen lassen, sondern weiter an die Macht der Vernunft glauben. Denn **nicht das Prinzip Enttäuschung ist gefragt, sondern das Prinzip Mut. Was Afrika dringend braucht, um seine politischen Systeme stabil zu halten, sind:**

→ Neue Rechts- und Verfassungsordnungen sowie politisch moderate Systeme, die nicht nur schriftlichen Diskurstheorien, sondern auch mündlich überlieferten Erfahrungen entstammen sollten. Die Verfassung muss dabei die Grenze der Macht bestimmen. **Machtmissbrauch muss ebenfalls als Straftat geahndet werden**, indem den Opfern die Möglichkeit gegeben wird, ihre Rechte bei unabhängigen Gerichten einzuklagen. Wie in den überlieferten Rechtsordnungen muss das Prinzip der Gleichheit aller vor dem Gesetz oberstes Prinzip staatlicher Gemeinschaft werden.

→ Das Recht auf Entwicklungshilfe soll aufgehoben werden.

→ Kein Mensch darf gezwungen werden, sich zu einem religiösen Deutungsmuster zu bekennen. Es darf zudem keinen Konflikt zwischen religiösen und überlieferten oder literalethischen Werten geben. **Insbesondere die Länder Niger, Nigeria, Tschad und Sudan sind gefordert, islamische Toleranz zu üben.**

→ Es muss ein Vertrauensverhältnis zwischen politischer und intellektueller Elite geben.

→ Nationaler und regionaler Wettstreit zwischen den Ländern und Regionen (Maghreb, Westafrika, Zentralafrika, Südliches Afrika) im Bereich Politik, Finanzen, Haushalt, Umweltpolitik muss dringend gefördert werden.

→ Es sollte ein günstiges Investitionsklima für afrikanische und nicht afrikanische Investoren durch flexible gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dies setzt unter anderem die Deprivatisierung und Defamiliarisierung der Kreditvergabe voraus, um allen in den jeweiligen Ländern tätigen Unternehmern gleiche Chancen zu gewährleisten. Zudem müssen Afrikaner mit Unterstützung ihrer Regierungen **eigene multinationale Konzerne mit Aktionären aus verschiedenen Ländern Afrikas** im Bereich der Schifffahrt, Eisenbahn, Solarenergie etc. gründen. Straßen müssen gebaut werden, die alle Länder verbinden. Dies gilt auch für den Bahnverkehr.

→ Schließlich sollte die Afrikanische Union mehr politische Kompetenzen erhalten, um nicht ihre Macht zu verlieren, wie einst die OAU.

Peter Meyns: Afrika zwischen Autokratie und Demokratie

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 32-33/2006) <http://www.zeit.de/2009/05/DOS-Ruanda-Beistueck>

Einleitung

... Es gibt heute nur wenige Staaten in Afrika, die nicht Mehrparteiensysteme sind und regelmäßig Wahlen abhalten. Dennoch ist die Euphorie der Anfänge der zweiten Demokratisierung längst einer Ernüchterung gewichen, die in vielen Ländern hinter der Fassade formaler demokratischer Institutionen neue oder fortdauernde autokratische Herrschaftspraktiken erkennt. Beispielhaft belegen die Überschriften, die der renommierte amerikanische Afrikaforscher Richard Joseph für zwei Aufsätze zur politischen Entwicklung in Afrika gewählt hat, diesen Stimmungsumschwung. In der demokratischen Transitionsforschung verlagerte sich das Interesse auf die Unvollkommenheiten der Demokratieentwicklung in Afrika ebenso wie in anderen Teilen der Welt, und Begriffe wie "defekte Demokratie", "illiberal democracy" und "blockierte Demokratien" wurden geprägt, um diese zu charakterisieren.

Das Ende des Transitionsparadigmas?

Eine Zuspitzung der Debatte über Perspektiven der demokratischen Transition ging von einem Beitrag in der angesehenen Zeitschrift "Journal of Democracy" aus, in dem Thomas Carothers argumentierte, die Realität weiche vom **Modell der demokratischen Transition** ab und es sei daher an der Zeit, das Transitionsparadigma beiseite zu legen. ...

Lang andauernde Transitionen

In der Debatte über das Transitionsparadigma lagen die Auffassungen nicht so weit auseinander, zumal breiter Konsens darüber bestand, dass die aus den Transitionsprozessen hervorgegangenen neuen politischen Systeme vielfach weiterhin autokratische Züge aufwiesen. Übereinstimmung bestand auch darin, dass das Transitionsparadigma, wenn es so schematisch definiert wird, wie es die beiden ersten Annahmen in der Darstellung von Carothers nahe legen, kein brauchbares analytisches Instrument ist. **Wichtig war die Debatte, weil sie deutlich machte, dass der politische Wandel, der in Afrika vehement mit dem Ende des Ost-West-Konflikts einsetzte und in anderen Teilen der Welt schon früher begonnen hatte, sehr kontextabhängig war und dementsprechend zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen konnte.** Eine sehr zentrale Frage, bei der die Meinungen auseinander gehen, lautete, ob die Perspektive einer demokratischen Entwicklung fortbesteht, auch wenn der politische Wandel neue Formen autokratischer Herrschaft hervorgebracht hat, oder ob eine solche Entwicklung als ein eigenständiger nicht-demokratischer Weg anzusehen ist. Insbesondere aus einer Sicht, welche die Rolle handelnder politischer Akteure stark betont, wie O'Donnell und andere es tun, bleibt die demokratische Option bestehen, auch wenn die Öffnung des politischen Systems zunächst zu fortdauernder Autokratie hinter demokratischer Fassade führt.

Als Beispiel kann die Entwicklung in Kenia dienen, wo nach der Einführung eines Mehrparteiensystems die bereits herrschende Partei Kenya African National Union (KANU) unter dem amtierenden Staatspräsidenten Moi die Macht in kompetitiven Wahlen behaupten konnte.

So konnte Moi seine korrupte personalisierte Herrschaft - auch mit Hilfe gewaltsamer ethnischer Säuberungen - fortsetzen. **Die Zersplitterung der Opposition ermöglichte es ihm zweimal, sich bei Wahlen durchzusetzen.** Die autokratische KANU-Herrschaft schien unangefochten, auch als Moi nach zwei Amtszeiten und insgesamt 24-jähriger Präsidentschaft nicht mehr kandidieren konnte. Doch wider Erwarten schafften es die Oppositionsparteien 2002 doch, ein Bündnis zu schließen, die National Rainbow Coalition (NRC), und KANU von der Macht abzulösen.

Die Möglichkeit, der politischen Entwicklung eine neue Richtung zu geben, kann, wie dieses Beispiel zeigt, nicht ausgeschlossen werden. Sie ist zum einen von der konkreten Situation abhängig, die einen Richtungswechsel begünstigt. Ob diese Möglichkeit ergriffen wird, hängt indessen von den handelnden Akteuren ab. ...

Wichtig sind zum anderen die institutionellen Veränderungen, die der Systemwechsel mit sich bringt und die neue Rahmenbedingungen für die politische Entwicklung schaffen. Zu ihnen gehören die Legalisierung von politischen Parteien und die Abhaltung von Mehrparteienwahlen, die Öffnung der politischen Arena für zivilgesellschaftliche Kräfte und freie Medien sowie eine Stärkung der entwicklungsorientierten Strömungen in der nationalen Elite gegenüber den nach wie vor dominanten Patronage-orientierten Interessen. Diese veränderten Rahmenbedingungen können von den handelnden Akteuren in verschiedener Weise genutzt werden. Sie sind die Grundlage divergenter Ergebnisse von Transitionsprozessen, zu denen auch eine demokratische Perspektive gehört. ...

Funktionierende Demokratien

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, wie stark die Transitionsprozesse von den Gegebenheiten in den einzelnen Ländern Afrikas abhängig sind. Dennoch lassen sich auch Gemeinsamkeiten feststellen. An dem einen Ende des Spektrums ist die Gruppe von Ländern zu finden, die als funktionierende Demokratien bezeichnet werden können. Zu ihnen gehören Länder wie **Botswana und Mauritius**, die seit ihrer Unabhängigkeit Mehrparteiensysteme sind und sich insoweit bereits vor der zweiten Befreiung auf dem Weg der Demokratie befanden, aber auch Länder wie **Benin, Ghana, Kap Verde und Mali**, die Anfang der neunziger Jahre die **Transition von autokratischer Herrschaft** vollzogen und seither

relativ stabile demokratische Strukturen aufgebaut haben. In allen genannten Ländern, mit Ausnahme von Botswana, haben seit Beginn der Transition durch Wahlen herbeigeführte Regierungswechsel stattgefunden.

... Autokratische Wahlsysteme

Am anderen Ende des Spektrums befinden sich die Staaten Afrikas, die der Form nach Parteien zulassen und Wahlen abhalten, bei denen aber fortdauernde autokratische Züge dominieren und sicherstellen, dass die **Macht der herrschenden Partei und ihres Präsidenten** unangetastet bleibt. Sie können als autokratische Wahlsysteme bezeichnet werden. **Togo** wäre hier zu erwähnen, wo die herrschende Elite, insbesondere das Militär, nach dem Tod des Langzeit-Präsidenten Eyadema 2005 nur auf Druck der westafrikanischen Staaten und der internationalen Gemeinschaft Wahlen abgehalten hat, um die Ernennung von Eyademas Sohn zum neuen Präsidenten zu legitimieren. **Ebenso zählen Ruanda dazu**, wo die Tutsi-Minderheit nach dem Genozid von 1994 und ihrem militärischen Sieg das Land fest im Griff hat und Präsident Kagame seine Herrschaft 2003 auch in Wahlen bestätigen ließ, und **auch Tunesien**, wo Präsident ben Ali eine Transition eingeleitet und andere Parteien zugelassen hat, aber keine Zweifel an der Dominanz der herrschenden Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD) und an seiner unangefochtenen Autorität als Staatspräsident hat aufkommen lassen.

... **Während die herrschende Elite an der Bewahrung ihrer Macht interessiert ist, liegt ihr zugleich an der demokratischen Legitimation, nicht zuletzt wegen der westlichen Geber, die zum einen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts auf demokratische Verhältnisse Wert legen und zum anderen die Quelle von Renteneinkommen für wirtschaftlich darnieder liegende Staaten sind.**

Den Schein der Demokratie so weit aufrechtzuerhalten, dass die Geber zufrieden sind und die Hilfgelder weiter fließen, wird somit in neopatrimonialen Staaten angestrebt. Friedlich verlaufende Wahlen spielen dabei eine entscheidende Rolle. Joseph hat dafür den Begriff der **"virtuellen Demokratie"** geprägt.

... Ausblick

In hybriden Regimen scheint die politische Transition in Afrika, die zu Beginn der neunziger Jahre mit großen Hoffnungen und Erwartungen einsetzte, zwar zum Stillstand gekommen zu sein, aber der Eindruck täuscht. Ihnen wohnt eine Dynamik inne, die im Sinne "langandauernder Transitionen" in Richtung fortdauernder Autokratie oder fortschreitender Demokratie führen kann.

Wie extrem die Ausschläge der politischen Entwicklung sein können, zeigen zwei Fälle, die in jüngster Zeit zu Ergebnissen geführt haben, die eine positive Perspektive eröffneten. **Burundi** hat seit der Unabhängigkeit eine leidvolle Geschichte blutiger Kämpfe zwischen der Tutsi-Minderheit und der Hutu-Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. **Im Zuge des**

demokratischen Wandels zu Beginn der neunziger Jahre hielt auch Burundi Wahlen ab, die 1993 erstmals einen Hutu-Politiker an die Macht brachten. Seine Ermordung nur wenige Monate später durch Tutsi-Militärs, die um ihre jahrelange Dominanz der Gesellschaft fürchteten, löste erneut ethnisch-motivierte Massaker und einen jahrelangen Bürgerkrieg aus. Das demokratische Experiment schien am Ende. Sanktionen und die ausdauernde Vermittlung afrikanischer Politiker führten 2005 jedoch zu erneuten Wahlen im Rahmen einer auf Machtteilung beruhenden Verfassung, bei denen der Hutu-Politiker Pierre Nkurunziza als Kandidat der zur führenden Partei des Landes mutierten Rebellengruppe Conseil National pour la Défense de la Démocratie - Force pour la Défense de la Démocratie (CNDD-FDD) zum neuen Präsidenten gekürt wurde.

Noch extremer war die Entwicklung in Liberia, das seit 1980 von einer militärischen Willkürherrschaft geprägt war. Ab 1989 eskalierte der Prozess des Staatsverfalls, und diverse Kriegsherren überzogen das Land mit Mord und Totschlag. Eine Friedensmission der westafrikanischen ECOWAS erreichte nach Jahren der militärischen Intervention schließlich einen Waffenstillstand und die Abhaltung von Wahlen, bei denen 1997 der oberste Kriegsherr, Charles Taylor, zum Präsidenten gewählt wurde. Die Angst der Bevölkerung war der Garant seines Sieges. **Liberia kam erst zur Ruhe, als externer Druck Taylor 2003 ins Exil nach Nigeria zwang. Erneute Wahlen Ende 2005, bei denen zivile Kandidaten im Vordergrund standen, brachten Ellen Johnson-Sirleaf, die erste Frau, die in Afrika das Präsidentenamt innehat, an die Macht.** Die Situation in Liberia bleibt zwar angesichts der anstehenden Erfordernisse des Wiederaufbaus in hohem Maße fragil, aber erstmals seit 25 Jahren scheint die Möglichkeit einer Stabilisierung der Entwicklung des Landes gegeben zu sein.

Alle diese Fälle zeigen jedoch, dass die Demokratie heute zum generellen Bezugspunkt politischen Wandels in Afrika geworden ist. Ob die Entscheidungsträger alle diesen Weg wählen werden, bleibt offen.

11.15 Uhr **Frauen und Kultur bei Demokratisierungsprozessen in Mali, Burkina Faso, Togo und Kamerun u.a. mit Regina Riepe (Pädagogin), Mireille Mayam Meyanga (Initiativreis afrikanischer Vereine OWL, Kamerun)**
 Moderation: Sandrine Nguete Meyanga (Politikwissenschaftlerin und Soziologin, Kamerun)



Charlotte Wiedemann: Die kleinen Münzen der Partizipation - Bürger sein in Afrika

<http://www.eurozine.com/articles/2009-02-24-wiedemannc-de.html>

... Afrika wird, wenn es um Demokratie geht, dauernd geprüft. Was in einem der 53 Länder geschieht, wird – sofern die internationalen Medien es überhaupt zur Kenntnis nehmen – dem ganzen Kontinent ins Zeugnis geschrieben. Die Generalisierung ist absurd. Eben noch hieß die Schlagzeile "Afrika fällt zurück in seine alten Übel" (im Kongo), dann kam der geglückte Machtwechsel in Ghana: "Afrika besteht den Demokratietest". Kongo und Ghana sind, wie bereits ein Blick auf die Landkarte verrät, sehr unterschiedlich. Und das Beispiel Kongo zeigt besonders deutlich: **Die internationale Debatte reduziert Demokratie auf formale Prozeduren, innerhalb derer das Abhalten von Wahlen absolut gesetzt wird.**

Darin verrät sich keineswegs nur Kurzsichtigkeit. Die vom Westen geförderten Mehrparteiensysteme sicherten häufig den Machterhalt einer Elite, die wiederum die Wahrung westlicher Interessen sichere, schreibt der nigerianische Politikwissenschaftler Adelaja Odukoya. So werde verhindert, "dass in einem Prozess tatsächlicher Volks- oder Basisdemokratisierung Kräfte entstehen, die sich gegen westliche kapitalistische Interessen wenden könnten". Anders als zu Beginn der 1990er-Jahre kann heute allerdings kaum einem politisch bewussten Afrikaner mehr eingeredet werden, dass Neoliberalismus plus Privatisierung Demokratie bedeute. "Weniger Staat!", das ist nach der globalen Finanzkrise selbst in Afrika unverkäuflich geworden. Damit öffnen sich Räume für ein neues Verständnis von Demokratie. Oder besser: von Demokratien, so plural wie der Kontinent.

Was stellen sich Afrikaner unter Demokratie vor? Zu

den wenigen zuverlässigen Antworten gehören die Befunde von Afrobarometer, einem Instrument politischer Meinungsforschung, an dem Sozialwissenschaftler aus 18 afrikanischen Ländern beteiligt sind, von Benin bis Simbabwe [www.afrobarometer.org]. In den vergangenen acht Jahren wurden in diesen Ländern 25.000 Bürger repräsentativ befragt, und zwar in einer von ihnen selbst gewählten Sprache, also nicht nur in den Kolonialsprachen. Nur etwa 6 Prozent der Befragten verbinden mit Demokratie in erster Linie ein Mehrparteiensystem. Jeder Dritte stellt sich unter Demokratie hingegen persönliche und bürgerliche Freiheiten vor; dazu addieren sich andere Erwartungen: Frieden, Entwicklung, Gerechtigkeit. Mehr als 50 Prozent fürchten, dass die Konkurrenz von Parteien zu Konflikten führt, gleichwohl spricht sich

nahezu überall eine stabile Mehrheit gegen autokratische Modelle aus: gegen die Herrschaft eines Mannes, einer Partei oder des Militärs. Und 82 Prozent meinen, ihr Staats- oder Regierungschef solle nur durch freie und faire Wahlen in sein Amt gelangen. Kein Stoff für Afropessimisten. Obwohl enttäuscht von den real existierenden Demokratien, zeigen die Befragten Frustrationstoleranz, darin ähneln sie den Bürgern Osteuropas. Und auch in Westdeutschland und Japan hat nach dem Zweiten Weltkrieg erst der wirtschaftliche Erfolg die Massen vom Wert der Demokratie überzeugt. Warum sollte es in Afrika so ganz anders sein?

Das Beispiel Ghana: Ein friedlicher Machtwechsel im Januar nach einem atemberaubend knappen Wahlausgang – seither gilt Ghana vielen Beobachtern als Vorbild für Afrika. Die ghanaische Erfahrung lässt aber auch einen anderen Schluss zu: Afrikanische Bürger verhalten sich ähnlich wie Bürger sonst wo auf der Welt, wenn die Bedingungen es erlauben. Ghana geht es vergleichsweise gut; das Land baut sich auf, profitiert vom Wirtschaftswachstum – doch die Hälfte der 23 Millionen Ghanaer leben weiter in Armut; sie verlangen Teilhabe am neuen Wohlstand, verlangen Gerechtigkeit. Zugleich hat Ghana, selten für Afrika, ein verwurzeltes Zweiparteiensystem, in dessen Rahmen sich eine Stimmung für "Change!" manifestieren konnte. Der Ablauf im Einzelnen verdient in der Tat, in Afrikas Schulbüchern festgehalten zu werden. ...

Im Radio lebt die Demokratie

Obwohl auch Ghana als Elitendemokratie gilt, hat die Bevölkerung den gesamten Wahlprozess, beginnend bei der Wählerregistrierung, sehr engagiert begleitet. Die Beteiligung lag bei 70, örtlich bis zu 95 Prozent. Der neue Präsident wurde bereits 24 Stunden später vereidigt, wieder unter großer Anteilnahme der Bevölkerung, die in Bussen und Lastwagen aus allen Landesteilen nach Accra strömte, um auf dem Independence Square zu feiern. Ghanas Zeitungen sprachen in nahezu religiösen Begriffen von Mills' "Bund mit dem Volk", warnten aber bereits: "Mister President, hüte dich davor, den Bund zu brechen!" Mills hatte mit dem Versprechen "Wohlstand für alle" gelockt und die Senkung der Benzinpreise innerhalb der ersten hundert Amtstage versprochen. Nun befindet er sich

unter ähnlichem Erwartungsdruck wie sein "Change"-Kollege Barack Obama, dessen Kampagne man sogar in Ghana ein wenig zu kopieren versuchte.

Ganz anders die Situation in Mali, das gleichfalls oft als positives Beispiel zitiert wird, zumal das Land zu den ärmsten der Welt zählt. Mali hat in der Tat alles, was eine Demokratie in formaler Hinsicht ausmacht: Wahlen, Parteien, Parlament. Die meisten der 14 Millionen Malier fühlen sich in dieser Demokratie allerdings wie bloße Statisten. Manche tragen T-Shirts mit dem Slogan einer Partei oder nähen sich Gewänder, die in ihrem Muster eine politische Botschaft zeigen. Die Stoffe werden zu bestimmten Anlässen billig auf den Markt geworfen. Spricht man jemanden auf eine solche Kleidung an, dann schaut er verwundert an sich herunter: Oh, was steht denn da?!

118 Parteien sind in Mali registriert. Die meisten gleichen einer One-Man-Show; wer Mitglied wird, bekommt zum Parteiausweis ein Handgeld. In der Nationalversammlung wird Französisch gesprochen; das schließt die meisten Malier aus – selbst manche Abgeordnete ohne Schulbildung. Sie bringen ihre Söhnchen mit zum Übersetzen, dann erzählen ihnen Schulkinder, was in Gesetzesvorlagen steht. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung, finanziert aus Entwicklungshilfe, fallen korrekt ausgefüllte Wahlzettel in korrekt versiegelte Urnen aus korrekt transparentem Plastik. Bloß das Bewusstsein der Wähler, das ist nicht so korrekt. Manche verkaufen ihre Stimme, sie verkaufen sie billig, ohne Gefühl für ihren Wert. Vor den Wahllokalen bauen Kandidaten einen Tisch mit Essen auf, verteilen ein paar Scheine, nicht einmal zwei Euro wert, und dafür gibt ihnen der Wähler seine Stimme. Für einen Moment war er kein Statist, er hat partizipiert, auf seine Art.

... Die Dezentralisierung zu fördern, mit dem Geld und dem Know-how europäischer Entwicklungshilfe, scheint ein sinnvolles und vergleichsweise uneigennütziges Projekt des Nordens zu sein. Steht man allerdings in einem Dorf hochverschuldeter Baumwollbauern, dann wirken dort die aufgestapelten zartgrauen Plastikurnen vom letzten Wahlgang wie Spielzeug, das man Kindern gibt, damit sie nicht stören bei den wirklich wichtigen Dingen. **Demokratie – das hieße hier: faire Handelsbeziehungen. Für die Summe, mit der jeder US-Baumwollfarmer bezuschusst wird, müsste ein malischer Bauer 1000 Jahre arbeiten.** 800.000 Bauern aus Mali und ihre Familienangehörigen haben in einer Petition an die Welthandelsorganisation vergeblich dagegen aufbegehrt. Das immerhin hat ihnen die formale Demokratie gebracht: Sie sind nicht mehr stumm, sie haben eine Stimme, Vertretungen, Bauernverbände. Und diese Stimme sagt uns, den Bewohnern des Nordens, dass der große Bedarf an Demokratisierung nicht in Afrika liegt.

... **Was gilt als Kampf um Demokratie?** Wenn in einem Seminarraum eine Stoffbahn für "Good Governance" aufgehängt wird? Oder wenn ein gewalttätiger Aufstand ausbricht? Bei den sogenannten Hungerrevolten des Jahres 2008 wurden oft das Bewusstsein und die Entschlossenheit der Beteiligten verkannt. Eine Hungerrevolte hat keine Akteure, so will

es das Wort – es ist der Hunger selbst, der revoltiert. Er bemächtigt sich der Menschen, lässt ihnen keine andere Wahl, als um sich zu schlagen. Ein dramatisches, bebendes Wort; es klingt mitfühlend im ersten Moment – aber es nimmt denen, auf die es gemünzt wird, leicht ihre Würde. **In Kamerun wurde nicht gehungert, als dort die vermeintliche Hungerrevolte ausbrach.** Der Protest gegen die hohen Lebenshaltungskosten wurde vielmehr angeheizt von der lang gehegten Wut auf die korrupte herrschende Klasse, an ihrer Spitze **Präsident Paul Biya.** ... Auch der jüngste Aufstand hatte mit Demokratie zu tun, denn deren schiere Abwesenheit, der völlige Mangel an Rechenschaftspflicht, ist die Hauptursache für die Korruption in Kamerun. Und ausgerechnet jetzt verlangte der 76-jährige Präsident Biya, gegen eine klare Mehrheit in der Bevölkerung, eine Revision der Verfassung, um sich nach einem Vierteljahrhundert an der Macht vollends im Amt verewigen zu können. Sein politisch und moralisch versumpftes Regime gilt bei denen, die gern Good Governance auf den Lippen führen, als Stabilitätsfaktor in der Region. Die USA haben sich in Jaunde eine gewaltige neue Botschaft hingestellt, von der aus sie die Ölvorkommen im Golf von Gabun im Auge haben. Frankreich hält ohnehin seine Hand über den treuen kleinen Biya. Und die Weltbank hat seiner Regierung gerade einen ordentlichen Batzen Dollar geschenkt, für den potemkinschen Kampf der Korrupteure gegen die Korruption.

Die politische Frustration hat sich in Kamerun, einem Patchwork von mehr als 200 Volksgruppen, nicht in interethnischen Gewalt entladen, obwohl das Regime versuchte, dazu anzustacheln. Für einen Moment haben die Kameruner, die oft als fatalistisch geschildert werden, im Märzaufstand Würde gefunden. Die Würde, sich als Subjekt zu sehen, als Handelnde, mag das Handeln auch verzweifelt, gewalttätig, unorganisiert und darum zum Scheitern verurteilt gewesen sein. Der von außen auf Afrika gerichtete Blick liebt indes nicht die Kämpfenden, sondern die Leidenden – und dem entsprechend haben sich viele Afrikaner eingerichtet in dem Lebensgefühl, das ewige Opfer zu sein. **Dieser Selbstentmächtigung ein Ende zu setzen, ist der Anfang jedes Kampfs um Demokratie.** An vielen Orten ist er im Gange. Von den Eliten ist dabei nicht viel zu erwarten, zu oft muss der Kampf ja gerade gegen sie gerichtet sein. Sie beiseite zudrängen, das erfordert allerdings, dass in den Gesellschaftsmehrheiten eine neue Kultur des Sich-verantwortlich-Erklärens entsteht.

"Früher", sagt der kamerunische Oppositionspolitiker Adamou Ndam Njoya, "brachte jeder einen Stein, wenn ein Brunnen gebaut wurde. Diese Kultur, das Öffentliche auch als das Eigene zu betrachten, haben wir verloren, als Teil unserer ganzen kulturellen Entwurzelung. Die Menschen müssen heute anfangen zu begreifen, dass sie nicht Fremde sind bei sich selbst."

Armut ist nicht geschlechtsneutral

- ✓ **Frauen sind überproportional von absoluter Armut betroffen.** Derzeit sind schätzungsweise 70 Prozent der rund 1.2 Milliarden in absoluter Armut lebenden Menschen auf der Welt Frauen und Mädchen. In absoluten Zahlen sind damit rund 840 Millionen Frauen weltweit betroffen.
- ✓ **Frauen leisten zwei Drittel der Arbeit weltweit,** erhalten dafür lediglich 10% des Welteinkommens und 1% des Weltbesitzes. Frauen tragen weltweit die Hauptlast der Reproduktions- und Subsistenzarbeit. Sie leisten rund 2/3 aller Arbeitsstunden weltweit, aber nur 30 Prozent aller Frauen werden für ihre Arbeit auch bezahlt.
- ✓ Gender-pay-gap: **Weltweit verdienen Frauen im Durchschnitt 2/3 des Einkommens der Männer.**
- ✓ **Frauen in Entwicklungsländern produzieren zwischen 60% und 80 % der Grundnahrungsmittel,** leisten den Großteil der Arbeit in Landwirtschaft, Haushalt und Ernährungssicherung und haben trotz dieser überlebenswichtigen Leistungen keinen gleichberechtigten Zugang zu Landrechten, Krediten, und natürlichen Ressourcen.
- ✓ **Der Anteil der von Frauen geleisteten Arbeit im informellen Sektor liegt schätzungsweise zwischen 60% und 80%.** In Benin sind dies 97%, im Tschad 95%, 85% in Guinea und 83% in Kenia.
- ✓ Obwohl in Afrika, Asien und Lateinamerika Frauen die Haupterzeugerinnen und –verarbeiterinnen von Nahrung sind, sind sie **am stärksten von Hunger und Mangelernährung betroffen.**
- ✓ **60 Prozent der 550 Millionen arbeitenden Armen (working-poor) auf der Welt sind Frauen,** ... vielfach unter prekären, unwürdigen und gesundheitsgefährdenden Bedingungen in Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe. Oft erhalten sie dabei nicht einmal den gesetzlich garantierten Mindestlohn.
- ✓ Frauen werden **häufiger Opfer geschlechtsbasierter Gewalt** als Männer.
- ✓ **80% der Flüchtlinge** weltweit sind Frauen und Kinder.
- ✓ **Jährlich sterben mehr als eine halbe Million Frauen an den Folgen einer Schwangerschaft oder Geburt,** 99% davon in den sogenannten Entwicklungsländern.

Quelle: Die Daten basieren auf aktuellen Angaben des UNDP: <http://www.teamstoendpoverty.org>; www.undp.org; www.unfpa.org; www.worldbank.org; ILO: Global Employment Trends for Women 2004, Genf (www.ilo.org)

Die ökonomische Situation von Frauen weltweit im Überblick

- ➔ **Gender pay gap:** Weltweit verdienen Frauen im Durchschnitt nur 2/3 des Einkommens der Männer.
- ➔ **Weibliche Einkommensanteile:** Am höchsten ist der Einkommensanteil von Frauen in Schweden, er liegt dort bei 83 Prozent, gefolgt von Australien und Tansania mit 71 Prozent. Es schließt sich an die Russische Föderation mit 64 Prozent und Thailand mit 61 Prozent, Madagaskar liegt bei 59 Prozent, die Rep. Kongo bei 55 Prozent, in Deutschland und Namibia sind es nur noch knapp über 50 Prozent und in Argentinien fällt der Prozentsatz auf 37 Prozent. Die niedrigsten Anteile haben der Iran mit 29 Prozent, Peru mit 27 Prozent sowie Oman und Saudi Arabien mit knapp über 20 Prozent.
- ➔ **Working poor:** Frauen machen 60 Prozent der 550 Millionen arbeitenden Armen auf der Welt aus und arbeiten vielfach unter prekären, unwürdigen und gesundheitsgefährdenden Bedingungen in Landwirtschaft und Industrie. Dort erhalten sie oft nicht einmal den gesetzlich garantierten Mindestlohn.
- ➔ **Informalisierung und Prekarisierung der Arbeit:** Der Frauenanteil im informellen Sektor liegt schätzungsweise zwischen 60 Prozent und 80 Prozent: In Benin sind dies sogar 97 Prozent, im Tschad 95 Prozent, 85 Prozent in Guinea und 83 Prozent in Kenia. Die Frauen arbeiten jenseits des Schutzes von ILO-Konventionen, nationalen Arbeitsrechten und ohne gewerkschaftliche Organisationsmöglichkeiten.
- ➔ **Teilzeitarbeit:** Frauen stellen auch die überwältigende Mehrheit der in Teilzeit arbeitenden Menschen. Ihr Anteil liegt zwischen 60 und 90 Prozent weltweit. In der Europäischen Union sind 53 Prozent der Teilzeitbeschäftigten Frauen.
- ➔ **Führungspositionen:** Dort sind Frauen im weltweiten Durchschnitt weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Die Glasdecke stoppt weibliche Karrieren mehrheitlich vor dem Top-Management ab. Eine Quote von 40 Prozent Frauen und mehr im Top-Management erreichen insgesamt nur acht Staaten weltweit: Die Vereinigten Staaten, Korea, Litauen, Costa Rica, Trinidad und Tobago, die Fijis, die Philippinen und Ruanda.
- ➔ **Unternehmerinnen:** In Ländern wie Australien, Kanada, Thailand und den Vereinigten Staaten sind über 30 Prozent der Unternehmen in der Hand bzw. der Leitung von Frauen; Thailand führt die Liste an mit einem Anteil von 40 Prozent.

In: Christiane Thorn: **Gender justice auf dem Prüfstand: Lebensbedingungen, Entwicklungschancen und Machtgleichstellung im internationalen Vergleich** http://www.gender-hu-berlin.de/w/files/ztg_bulletin_2930/thorn_christiane_gender_justice_auf_dem_pruefstand_lebensbedingungen_entwicklungschancen_und_machtgleichstellung_im_internationalen_vergleich.pdf

13.30 Uhr **Zur Rolle der Zivilgesellschaft, Kirche und NGOs bei der Demokratisierung in der DR Kongo u.a. mit Heinz Rothenpieler (Dialog-International), Bokota Ramazani (Betriebswirt, Kongo), Irene Freimark-Zeuch (Lernen Helfen-Leben) und Heinz Schmidt (AK Mission-Entwicklung-Frieden, Lippborg)**



Zentralafrika: schwache Staatlichkeit und grenzüberschreitende Kriege

Denis M. Tull: **Demokratische Republik Kongo** (bpb Nr. 302/2009)

[www.bpb.de/publikationen/SEIC6C.1.0.Zentralafrika%3A_schwache](http://www.bpb.de/publikationen/SEIC6C.1.0.Zentralafrika%3A_schwache_Staatlichkeit_und_grenz%FCberschreitende_Kriege.html) [Staatlichkeit_und_grenz%FCberschreitende_Kriege.html](http://www.bpb.de/publikationen/SEIC6C.1.0.Zentralafrika%3A_schwache_Staatlichkeit_und_grenz%FCberschreitende_Kriege.html)

Als Ergebnis eines außergewöhnlich kurzen Entkolonialisierungsprozesses erlangte die DR Kongo (ehemals Zaire) 1960 ihre Unabhängigkeit von Belgien. ... Im Jahr 1965 putschte sich der Generalstabschef Joseph Mobutu an die Macht, die er über mehr als 30 Jahre nicht mehr abgab. Mit Hilfe westlicher Staaten, die ihn als loyalen Verbündeten im Ost-West-Konflikt sahen, errichtete Mobutu einen autoritären Einparteiensstaat, der durch die extreme Personalisierung der Herrschaft in Gestalt des Präsidenten gekennzeichnet war. Erst im Jahr 1997 wurde Mobutu von einer Rebellenbewegung aus dem Amt getrieben, die mit der militärischen Unterstützung einiger Nachbarstaaten das Land erobert hatte. Aber auch der neuen Regierung unter dem ehemaligen Rebellenführer Laurent-Désiré Kabila gelang es nicht, der politischen und wirtschaftlichen Krise Herr zu werden. Schon 1998 brach ein erneuter Krieg aus. Gemeinsam mit Burundi, Ruanda und Uganda versuchten mehrere Rebellen Gruppen, das Kabila-Regime zu Fall zu bringen. Der Konflikt endete 2002 mit einer Machtteilung zwischen Regierung und Rebellen. Im Jahr 2006 fanden schließlich unter weitgehend fairen und friedlichen Bedingungen Wahlen statt, die Amtsinhaber Joseph Kabila, der Sohn des 2001 ermordeten Laurent-Désiré Kabila, für sich entschied.

... Dieses lange Zeit stabile Modell politischer Herrschaft erwies sich ab Mitte der 1980er Jahre nicht länger als tragfähig. Durch den Zusammenbruch des kongolesischen Bergbausektors und den strategischen Bedeutungsverlust des Landes nach dem Ende des Kalten Krieges geriet das Mobutu-Regime in eine schwere Krise. **Wie andernorts in Afrika entstand auch im Kongo zu Beginn der 1990er Jahre eine Demokratiebewegung, die pluralistische Wahlen und die Respektierung der Menschenrechte einforderte. Ihren Höhepunkt fand diese Bewegung während der so genannten Nationalkonferenz (1991/92), an der alle wesentlichen politischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte des Landes, nicht zuletzt die einflussreichen Kirchen, teilnahmen.** Allerdings gelang es Mobutu durch geschicktes Taktieren, sich ohne eine substanzielle politische Öffnung an der Macht zu halten. Seine Blockadehaltung lähmte das Land. Letztlich erwiesen sich Ereignisse außerhalb Kongos als die Triebfedern, die das krisengeschüttelte Land endgültig ins Chaos stürzten. Im östlichen Nachbarland Ruanda kam es unter Führung der mit Mobutu verbündeten Regierung von Juvénal Habyarimana zu einem Genozid, in dessen Verlauf etwa 800.000 Tutsi und gemäßigte Hutu ihr

Leben verloren. Das Regime wurde schließlich von der Rwandan Patriotic Front (RPF) gestürzt, einer Rebellenbewegung, die seit 1991 im Land vorrückte. Die Völkermörder und rund zwei Millionen Ruander flüchteten in den Osten des benachbarten Kongo. Von dort aus setzten sie ihren Kampf gegen die neue, RPF-kontrollierte Regierung in Ruanda fort. Diese sicherheitspolitische Bedrohung konterte Ruanda 1996 mit dem Einmarsch in den Kongo, wo die Rückzugsbasen der Völkermörder zerstört wurden. **Der Krieg, an dem auch Uganda, Burundi und Angola sowie die kongolesische Rebellenbewegung AFDL auf Seiten Ruandas teilnahmen, führte im Mai 1997 zur Vertreibung Mobutus und zur Machtergreifung von AFDL-Führer Laurent-Désiré Kabila.**

Kabila erwies sich als ebenso autoritär wie Mobutu, sein Bündnis mit Ruanda zerbrach. Im August 1998 kam es zum Ausbruch eines erneuten Krieges, an dem schließlich sieben ausländische Armeen, vier kongolesische Rebellen Gruppen sowie Dutzende Milizen aus Kongo und den Nachbarländern beteiligt waren. Unterstützt von Ruanda, Uganda und Burundi versuchten mehrere Rebellen Gruppen, das Kabila-Regime zu stürzen. Das Eingreifen Angolas, Namibias und Simbabwe auf Seiten Kabilas führte zu einer militärischen Pattsituation. **Der Konflikt endete 2002 mit einem Machtteilungsabkommen zwischen Regierung und Rebellen. Im Jahr 2006 fanden - erstmals seit der Unabhängigkeit 1960 - Wahlen statt.** Begleitet wurde der Friedensprozess seit 1999 von einer Friedensmission der Vereinten Nationen (MONUC), die auf ihrem Höhepunkt rund 19.000 Blauhelme im Land stationiert hatte. Der Krieg hatte katastrophale humanitäre, politische und wirtschaftliche Folgen. Etwa fünf Millionen Kongolesen verloren ihr Leben, zumeist aufgrund fehlenden Zugangs zu Trinkwasser, Nahrung und medizinischer Versorgung. Schwere Menschenrechtsverletzungen, darunter systematische sexuelle Gewalt gegen Frauen als Kriegswaffe, haben die Bevölkerung traumatisiert, vor allem im Osten des Landes. Selbst bei günstiger Konjunktur wird das Land mehrere Jahrzehnte benötigen, um den niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstand von 1990 wieder zu erreichen.

15.00 Uhr **Menschenrechtsarbeit und Demokratisierung in Ruanda** mit Joel Sengi (Pax Christi, Ruanda)
Moderation: Marc Stefaniak (FUgE/Hammer Forum)



Zentralafrika: schwache Staatlichkeit und grenzüberschreitende Kriege

Stefan Mair: **Ruanda** (bpb Nr. 302/2009)

www.bpb.de/publikationen/SEIC6C.3.0.Zentralafrika%3A_schwache_Staatlichkeit_und_grenz%FCberschreitende_Kriege.html

Kaum ein anderes afrikanisches Land polarisiert Afrikaexperten und Politiker so sehr wie Ruanda: **Für die einen** ist es ein **Modellfall, dem nach einem Völkermord die politische Stabilisierung**, wichtige Schritte zur Aussöhnung und der Aufbau eines entwicklungsorientierten Staatswesens gelang; **die anderen halten es für einen autoritären Staat**, in dem eine Minderheit erneut ihre Macht über die Bevölkerungsmehrheit festigen konnte, der zudem die Sicherheit im benachbarten Ost-Kongo untergräbt und dessen Ressourcen ausbeutet. Für beide Einschätzungen gibt es Belege.

Der Völkermord an der Minderheit der ruandischen Tutsi, dem auch eine große Zahl politisch missliebiger Hutu zum Opfer fiel, **forderte 1994 in wenigen Wochen 800.000 bis 1,2 Millionen Todesopfer**. Die Bilder von Männern, die ihre Nachbarn mit Knüppeln und Macheten erschlagen, von Kirchen, die nach einem Verrat durch den Geistlichen überfüllt sind mit Toten, die dem Schlachten entfliehen wollten, und die permanenten Aufrufe des Radiosenders Radio télévision libre des Milles Collines, die Gräber seien noch nicht voll genug, bestimmen nach wie vor die Wahrnehmung des Landes. **Der Völkermord war aber nicht ein spontanes Morden verfeindeter Volksgruppen, sondern er hat eine lange Vorgeschichte, in der politische, ökonomische und internationale Faktoren eine Rolle spielen**. Woher Tutsi und Hutu stammen ist in der wissenschaftlichen Literatur aufgrund fehlender Quellen umstritten. Faktisch war das ruandische Königreich aber entlang dieser Volksgruppen organisiert: Die Tutsi stellten Viehzüchter, aber auch den Adel und den König, während die Hutu Ackerbau betrieben und den Tutsi politisch und sozial untergeordnet waren. Damit war also das ethnische Unterscheidungsmerkmal vor allem ein soziales. Hutu konnten aber durch sozialen Aufstieg zu Tutsi werden und Tutsi durch sozialen Abstieg zu Hutu. Zudem gab es nicht wenige Mischehen. Dass es sich bei der ethnischen Differenz in erster Linie um eine soziale Unterscheidung handelte, wird dadurch unterstrichen, dass beide Gruppen dieselbe Sprache sprechen.

Die Kolonialisierung beendete allerdings diese Form sozialer Diffusion. Deutsche und nach 1918 belgische Kolonialherren begünstigten systematisch die herrschende Elite der Tutsi und benachteiligten die beherrschten Hutu. Sie begannen Gliedmaßen und Köpfe zu vermessen, um "wissenschaftlich exakt" die Zugehörigkeit zu der einen

oder anderen Volksgruppe zu bestimmen. Die Großen und Schlanken waren Tutsi, die Kleinen und Gedrunghenen Hutu. Tutsi wurden als Juniorpartner bei der Beherrschung Ruandas gesehen, entsprechend räumte die Kolonialisierung nur ihnen Bildungs- und Aufstiegschancen ein. Dies zementierte und verschärfte den Gegensatz zwischen beiden Gruppen ins Extreme. In den 1950er Jahren zeichnete sich das Ende der Kolonialherrschaft ab. Forderungen der Hutu nach mehr politischer Mitbestimmung stellten die Tutsi ihren Herrschaftsanspruch mit Hilfe von Gewalt und Unterdrückung entgegen. In der von 1959 bis 1961 dauernden Revolution stürzte eine Hutu-Bewegung die Tutsi-Machthaber und trieb 150.000 der circa 300.000 Tutsi außer Landes. Die meisten von ihnen ließen sich im Süden Ugandas nieder. Schon damals hatte der Putsch zahlreichen Tutsi, aber auch Hutu das Leben gekostet. Dennoch galt in den 1970er und 1980er Jahren das autoritäre Regime des Hutu Juvénal Habyarimana als entwicklungspolitische Vorzeigeregierung, die sich umfangreicher Zuwendungen gerade aus Deutschland erfreuen konnte. Nicht nur wegen seiner zahlreichen Berge und harmonischen Landschaften wurde Ruanda zur Schweiz Afrikas verklärt.

Diese Verklärung fand ein rasches Ende, als 1990 die Nachkommen der 1961 nach Uganda vertriebenen Tutsi-Flüchtlinge ihren Kampf gegen das Habyarimana-Regime aufnahmen. Viele Mythen ranken sich darum, was diese Tutsi bewog, nach Ruanda zurückzukehren. Sie galten als relativ etabliert in Uganda. Der Tutsi-Rebellenführer Paul Kagame hatte eine zentrale Rolle beim Sieg der von Yoveri Museveni geleiteten Widerstandsbewegung in Uganda gespielt und war unter diesem Chef des militärischen Geheimdienstes gewesen. Vielleicht war es der Wille auf Seiten der vertriebenen Tutsi, eine historische Schmach zu tilgen, oder die Furcht auf Seiten Musevenis, die homogene und disziplinierte Volksgruppe könnte einst selbst zur Bedrohung seiner Macht werden. **Internationale Vermittlungsbemühungen zwischen beiden Konfliktparteien schienen schließlich 1993 erfolgreich, als im tansanischen Arusha die Unterzeichnung eines Friedensabkommens gelang, das den Tutsi-Rebellen eine Machtbeteiligung einräumte**. Im April 1994 kam Präsident Habyarimana zu Tode, als beim Landeanflug auf den ruandischen

Hauptstadtflughafen die Präsidentenmaschine abgeschossen wurde. Auch dieser Gewaltakt ist Anlass für bis heute ungeklärte Spekulationen: Waren die Attentäter die Tutsi-Rebellen, die sich in der militärischen Offensive befanden und das Friedensabkommen nicht wollten? Oder waren es radikale Hutus, die keine Machtbeteiligung der Tutsi wollten und einen Auslöser für den schon lange geplanten Völkermord brauchten?

Die Entscheidung der UN, nicht in den Völkermord einzugreifen, dürfte wohl eine der falschesten und folgenschwersten in der Geschichte der Weltorganisation gewesen sein. Das belegen nicht nur die hunderttausende Tote, sondern auch die Folgeereignisse, die über Ruandas Grenzen hinausreichen. In den Flüchtlingslagern im benachbarten Osten Kongos konnten sich die Milizen der Hutu, die den Genozid begangen hatten, neu organisieren und wiederaufrüsten. Aufforderungen der neuen ruandischen Regierung an die Regierung des Kongo und die internationale Gemeinschaft, diese zu entwaffnen, verhallten ungehört. **Als sich die Übergriffe der Hutu-Milizionäre auf ruandisches Grenzgebiet mehrten, begann Ruanda zusammen mit Uganda dort einen lokalen, zunächst unbedeutenden Kriegsherrn zu unterstützen, der seinen Kampf gegen das autoritäre, kongolesische Regime ausweitete.** Laurent-Désiré Kabila gelang es binnen weniger Monate mit der Unterstützung ruandischer und ugandischer Soldaten, die im Westen des Landes gelegene Hauptstadt zu erobern und den langjährigen Diktator Mobutu von der Macht zu vertreiben. Allerdings hielt auch er später sein Versprechen nicht, die immer noch im Grenzgebiet zu Ruanda operierenden, auf ungefähr 20.000 Mann geschätzten Hutu-Milizen zu entwaffnen. Dies hatte zur Folge, dass **Ruanda und Uganda 1998 eine zweite Intervention** wagten. Ihr Vormarsch auf die Hauptstadt wurde durch das militärische Eingreifen Angolas und Simbabwe auf Seiten der kongolesischen Regierung gestoppt. Hieraus entwickelte sich ein Krieg, an dem zeitweilig die Armeen von acht afrikanischen Staaten beteiligt waren.

Obgleich die DR Kongo und Ruanda 2002 ein Friedensabkommen im südafrikanischen Pretoria geschlossen haben, ist insbesondere der Osten des Kongo von einem dauerhaften Frieden weit entfernt. Hutu-Milizen, zahlreiche lokale Milizen und Regierungstruppen führen einen brutalen Kleinkrieg gegen Tutsi-Rebellen, die wiederum von Ruanda unterstützt werden. Dessen Machthaber argumentieren, sie engagierten sich im Kongo nur, um die Sicherheit des eigenen Landes und die der ruandischen Minderheit im Kongo zu wahren. Die kongolesische Regierung, aber auch internationale Stimmen unterstellen ihnen, sie betrieben einen Export des eigenen nationalen Konflikts und würden ihn zudem missbrauchen, um über Stellvertreter die reichen Ressourcen des Ost-Kongo: Gold, Diamanten und Coltan, das für die Mobilfunkindustrie (Mobiltelefone, Laptops) von Bedeutung ist, auszubeuten.

Obgleich die DR Kongo und Ruanda 2002 ein Friedensabkommen im südafrikanischen Pretoria geschlossen haben, ist insbesondere der Osten des Kongo von einem dauerhaften Frieden weit entfernt.

Hutu-Milizen, zahlreiche lokale Milizen und Regierungstruppen führen einen brutalen Kleinkrieg gegen Tutsi-Rebellen, die wiederum von Ruanda unterstützt werden. Dessen Machthaber argumentieren, sie engagierten sich im Kongo nur, um die Sicherheit des eigenen Landes und die der ruandischen Minderheit im Kongo zu wahren. Die kongolesische Regierung, aber auch internationale Stimmen unterstellen ihnen, sie betrieben einen Export des eigenen nationalen Konflikts und würden ihn zudem missbrauchen, um über Stellvertreter die reichen Ressourcen des Ost-Kongo: Gold, Diamanten und Coltan, das für die Mobilfunkindustrie (Mobiltelefone, Laptops) von Bedeutung ist, auszubeuten.

Als wäre die Lage nicht schon komplex genug, ist Ruanda auch noch ein außen- und entwicklungspolitischer Streitfall. Die Aufbauleistungen der seit 1994 regierenden Tutsi-Machthaber sind beachtlich, auch ihre Bemühungen, den Völkermord rechtlich aufzuarbeiten. **Die Regierung gilt als effektiv, entwicklungsorientiert und relativ korruptionsfrei. Deshalb erfreut sie sich umfangreicher Zuwendungen seitens der internationalen Gebergemeinschaft.** Hinzu kommt, dass die USA die ruandische Regierung als einen der engsten Verbündeten in Afrika betrachten. Dies mag zum einen dem schlechten Gewissen geschuldet sein, den Völkermord nicht verhindert zu haben, zum anderen der Bewunderung für den Präsidenten, Paul Kagame, der nicht nur für amerikanische Politiker den Typus der neuen, effektiven und verlässlichen Führungspersönlichkeit in Afrika darstellt. Kritiker dieser Haltung behaupten, die Kooperation der internationalen Geber mit Ruanda würde die Macht der Minderheit über die Mehrheit, der Tutsi über die Hutu, stabilisieren.

Zwar fand in dem Land 2008 mittlerweile die zweite Parlamentswahl statt, doch Parteien ist bislang eine effektive Organisation auf lokaler Ebene verboten, und mit Verweis auf den Vorrang der ethnischen Aussöhnung hat die Regierung seither den Wahlsieg von Oppositionsparteien fast unmöglich gemacht. Zugleich weist das ruandische Parlament aber einen Frauenanteil auf, der mit 56 Prozent weit über dem Durchschnitt in europäischen Parlamenten liegt.

16.00 Uhr **Flüchtlingsproblematik und politische Entwicklung in Zimbabwe** u.a. mit Claudia Kasten (Hammer Forum) und Christoph Beninde (Zimbabwe Netzwerk)



DORIS LESSING: ROBERT MUGABE UND DIE TRAGÖDIE SIMBABWES

Wenn sie so weit sind, dass sie uns lieben, werden wir sie hassen, Auszug: Le Monde diplomatique vom 15.8.2003 <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2003/08/15/a0021.text.name.askuwP6Fs.n.9>

ALS Simbabwe im April 1980 seine Unabhängigkeit erlangte, sagten Samora Machel und Julius Nyerere, die Präsidenten von Mosambik und Tansania, zu Präsident Mugabe: "Du hast das Juwel Afrikas in deinen Händen, gib gut darauf Acht." Heute liegt Simbabwe am Boden, seit Jahren hat sein Bruttozivilprodukt die höchste Schrumpfrate der Welt, die weißen Farmer, die die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln sichergestellt haben, sind von ihren Farmen vertrieben worden, jetzt droht eine Hungersnot. Dreiundzwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit sind die Träume der Schwarzen endgültig perdu.

Das alte Südrhodesien hatte anständige, funktionierende Eisenbahnen und gute Straßen. Die Städte waren sauber, es herrschte Ruhe und Ordnung. Auf dem Land konnte man alles anbauen: tropische Früchte wie Ananas, Mangopflaumen, Bananen, Paradiesfeigen und Passionsfrüchte, aber auch Äpfel, Pfirsiche und Pflaumen. Der Mais wuchs wie Unkraut und ernährte auch die umliegenden Länder. Erdnüsse, Sonnenblumen, Baumwolle, Hirse sowie kleinkörnige Getreidesorten, die vor Einführung der Maispflanze Hauptnahrungsmittel waren, gab es im Überfluss. An Bodenschätzen wurden Gold, Chrom, Asbest und Platin gewonnen, hinzu kamen reiche Kohlevorkommen. Der Sambesi wurde zum Karibasee aufgestaut, dessen Kraftwerke den Norden und den Süden mit Strom versorgten. Ein Paradies, und nicht nur für Weiße.

Auch den Schwarzen ging es gut, zumindest materiell. Politisch allerdings nicht: Südrhodesien war ein Polizeistaat, und zwar ein harter.

Als die Schwarzen aufbegehrt und 1979 ihren Krieg gewannen, lag eine Zukunft vor ihnen.

... Die Tragödie, hier ist sie greifbar. Eine Tragödie, zu der es nie gekommen wäre, hätte Mugabe auch nur zur Hälfte dem entsprochen, was die Menschen in ihm sahen. Heute sagen die Leute: "Mugabe muss weg, dann wird alles wieder gut." Doch hat er inzwischen eine ganze Kaste von raffgierigen Leuten hervorgebracht, die so sind wie er selbst.

Wenn Mugabe weg ist, wird es andere, genauso schlimme Leute geben. Vielleicht bin ich ja zu pessimistisch, vielleicht kann man die Gauner wirklich loswerden, aber der angerichtete Schaden wäre damit noch nicht beseitigt.

Die Rhetorik richtete sich gegen die Weißen im Allgemeinen, aber besonders gegen die weißen Farmer, die über große Ländereien verfügten, den Großteil der Nahrungsmittel produzierten und Deviseneinnahmen für das Land erwirtschafteten. Den Farmern war durchaus klar, dass sie eine

Sonderstellung innehatten. Und die "Commercial Farmers Union", die weiße wie auch ein paar schwarze Farmer vertritt, machte Vorschläge für eine Umverteilung, die ohne negative Folgen für die Wirtschaft gewesen wäre. Mugabe hat keinen dieser Vorschläge auch nur zur Kenntnis genommen. **Das Farmland, das die Regierung bereits erworben hatte, wurde nicht etwa an arme Schwarze weitergegeben (das geschah nur in der Anfangsphase). Es landete vielmehr in den Händen der habgierigen Clique von Robert Mugabe.**

... Bleibt aber die Frage: Warum handelte er so destruktiv? Mugabe ist nicht dumm. Sein geschicktes Kalkül, mit dem er seine Position festigte, lässt einen listigen, systematisch planenden Mann erkennen. **Und am Krieg im Kongo zum Beispiel, der Simbabwe vollends arm machte, als seine Wirtschaft bereits daniederlag, bereicherte er sich persönlich und sicherte sich - als Gegenleistung für die Entsendung von Truppen - einen Anteil an den Bodenschätzen des Kongo.** Mit diesem Geld konnte er sich von der Bedrohung durch die Armeeoffiziere freikaufen, der größten, die es für ihn gibt, denn nur die Offiziere könnten ihn aus seinem Amt vertreiben.

... Die Berichterstattung über die Enteignung und Übertragung von Farmland war und ist verzerrt. Alle Aufmerksamkeit gilt den weißen Farmern, die ihr Land verlieren. Viel zu selten ist die Rede von den hundertausenden schwarzen Farmarbeitern, die ihre Jobs und ihre Wohnungen verloren haben und deren Frauen und Töchter geschlagen und vergewaltigt wurden (und immer noch werden). Auch schwarze Farmer, die es teilweise mit Unterstützung von weißen Nachbarn zu einem gewissen Wohlstand gebracht haben, wurde Land weggenommen. Eine entscheidende Tatsache wird kaum je erwähnt: **Seit der Unabhängigkeit haben 80 Prozent aller Farmen ihren Besitzer gewechselt.** Laut Gesetz mussten sie zuerst der Regierung angeboten werden, die aber kein Interesse zeigte. Diese Tatsache widerlegt Mugabes Sprüche, nach denen sich die weißen Farmer angeblich das Land der Schwarzen unter den Nagel reißen.

Aus dem Englisch von von Niels Kadritzke
Doris Lessing ist Schriftstellerin und lebt seit 1949 in England. 2007 erhielt sie den Literaturnobelpreis.
Le Monde diplomatique Nr. 7131 vom 15.8.2003.

17.15 Uhr **Chancen auf Frieden in Sudan und Tschad?**
Impulsreferat und Diskussionsrunde mit Dr. Kajo Schukalla
(Gesellschaft für bedrohte Völker) und Abdallah Diop
(Lernen-Helfen-Leben, Tschad)



Konflikt in Darfur (<http://de.wikipedia.org/wiki/Sudan>)

Darfur wurde 2003 zum Schauplatz einer blutigen Rebellion gegen die arabisch-dominierte sudanese Regierung mit zwei schwarz-afrikanischen Rebellengruppen – der sudanesischen Befreiungsarmee (**Sudan Liberation Army, SLA**) und der Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (**Justice and Equality Movement, JEM**), die die Regierung beschuldigen, Afrikaner zugunsten der Araber zu unterdrücken. Im Gegenzug begann die Regierung einen Feldzug mit Luftbombardements und Bodenangriffen, durchgeführt von einer arabischen Miliz, den **Dschandschawid**. Die sudanese Regierung wies jedoch eine Mitschuld an den Verbrechen der Milizen in Darfur zurück. Am 8. April 2004 wurde aufgrund des internationalen Drucks ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen, für dessen Einhaltung die Friedensmission **African Union Mission in Sudan (AMIS)** mit logistischer Unterstützung der NATO sorgen sollte.

Im September 2005 kam es allerdings zu neuen Kämpfen in der Region. Hintergrund waren die am 15. September wieder aufgenommenen Friedensgespräche in Abuja. Eine Splittergruppe der SLA boykottierte die Verhandlungen und überfiel Hilfslieferungen und Regierungsgebäude. ...

Ein von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch am 12. Dezember veröffentlichter Bericht erneuerte die bereits seit 2004 erhobenen Vorwürfe gegen die sudanese Regierung, bis in die höchsten Ebenen in Planung und Durchführung der Kriegsverbrechen in Darfur verwickelt zu sein, was von der Regierung zurückgewiesen wurde.

Seit März 2005 ermittelt der Internationale Strafgerichtshof (ICC) gegen Kriegsverbrecher im Darfur-Konflikt.

Anfang Februar 2006 intensivierten sich die bewaffneten Auseinandersetzungen erneut. Der Befehlshaber der AMIS-Mission machte die Rebellengruppen hierfür verantwortlich. Sie hätten durch Angriffe auf die beiden in Regierungshand befindlichen Städte Shearia und Golo Gegenangriffe der Dschandschawid auf Flüchtlingslager ausgelöst. Als Reaktion auf diese Angriffe hatten bis zu 70.000 Personen die Flüchtlingslager verlassen. Nach unabhängigen Angaben waren es jedoch weiterhin hauptsächlich die mit der sudanese Regierung verbündeten Milizionäre, die gegen Flüchtlinge und die ausländischen Hilfsorganisationen vorgingen. Am 5. Mai 2006 unterzeichnete die sudanese

Regierung und die bedeutendere Fraktion der Sudan Liberation Army (SLA) unter Minna Minnawi ein Friedensabkommen in Abuja. Die andere Fraktion der SLA unter Abdelwahid al-Nur und die Bewegung für Gleichheit und Gerechtigkeit (JEM) lehnen eine Zustimmung zum Abkommen ab, da sie ihre Hauptforderungen der sofortigen Schaffung einer Region Darfur anstatt der drei Bundesstaaten und die Einrichtung eines zweiten Vizepräsidenten für Darfur nicht berücksichtigt sehen.

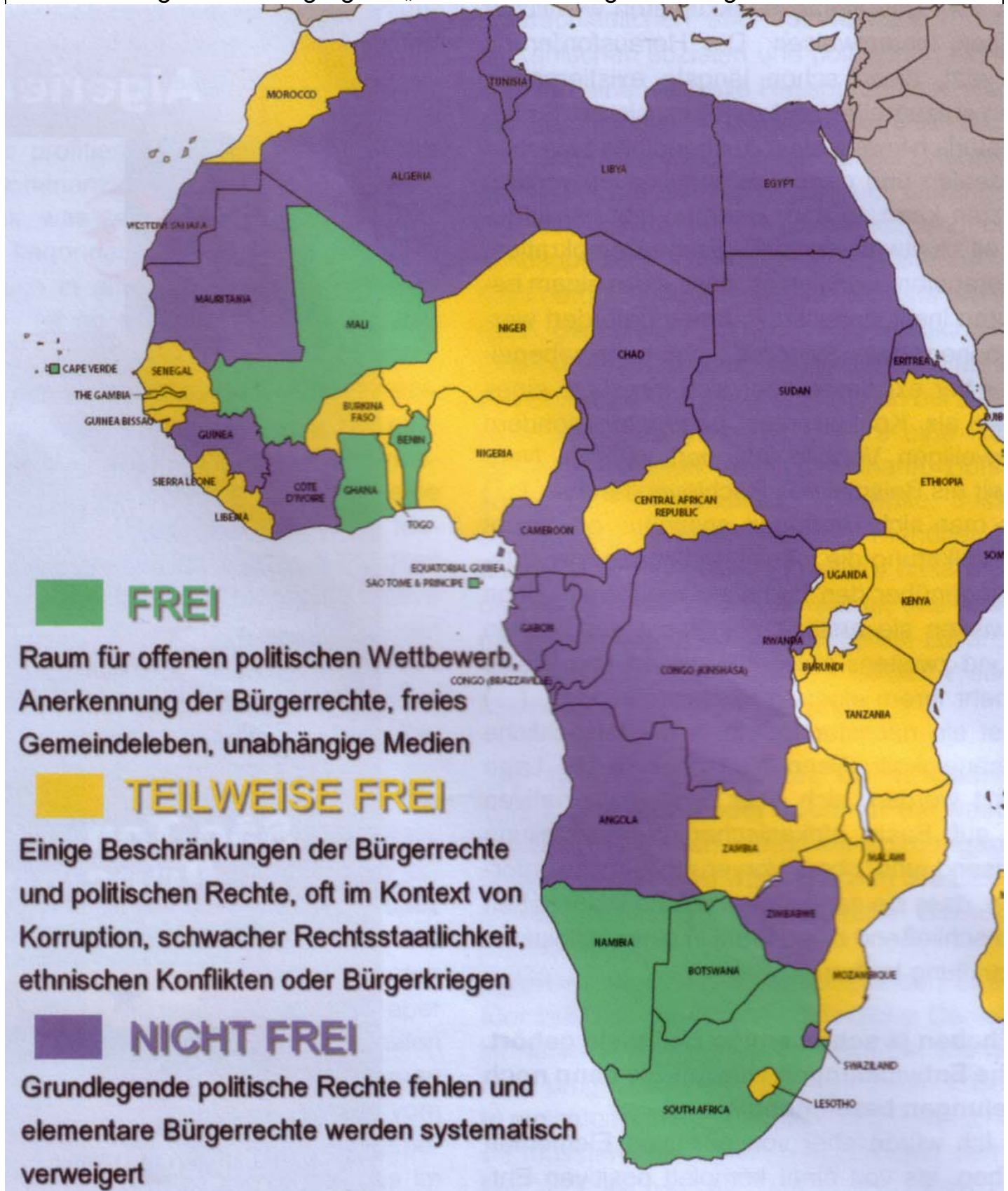
Die meisten Rebellen, die das Abkommen ablehnen, haben sich zur Nationalen Erlösungsfront (engl.: National Redemption Front, kurz NRF) zusammengeschlossen und erklärten den Waffenstillstand für beendet.

Neue Kämpfe in Darfur zwangen Mitte Juni 2006 das Welternährungsprogramm, seine Arbeit einzustellen, wodurch 400.000 Menschen von einer Hungersnot bedroht waren. Die Dschandschawid hatten bereits in der Woche nach der Unterzeichnung des Abkommens ihre Überfälle wieder aufgenommen. Daraufhin entsandte die sudanese Regierung zusätzliche Truppen nach Darfur und startete eine seit dem 28. August 2006 andauernde Offensive in Nord-Darfur mit Unterstützung der Minnawi-SLA um die Rebellen der NRF zurückzudrängen.

Beziehungen zu Tschad

Wegen des Konfliktes um Darfur und den damit einhergehenden Rebellentätigkeiten im Grenzgebiet stellte Tschad am 23. Dezember 2005 den Kriegszustand mit dem Sudan fest. Tschad erklärte aber, dass dies keine Kriegserklärung sei. Im April 2006 brach der westliche Nachbarstaat die diplomatischen Beziehungen zum Sudan ab, da er diesen der Unterstützung der oppositionellen FUC bezichtigt. Bei deren Angriff auf N'Djamena kamen zuvor bis zu 500 Menschen ums Leben.

Am 9. August 2006 gaben der Präsident Tschads, Idriss Deby, und sein sudanese Amtskollege al-Baschir die sofortige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und des Grenzverkehrs bekannt. Die Normalisierung der Beziehungen wurde durch die Vermittlung des libyschen Führers Muammar al-Gaddafi und des senegalesischen Präsidenten Abdoulaye Wade erreicht.



Der Freedomhouse Index stuft jährlich weltweit das Level der politischen und bürgerlichen Rechte in Staaten und Regionen ein. Die Grafik stellt den aktuellen Stand dar. Laut Freedomhouse ist dies bereits das vierte Jahr in Folge mit einer Verminderung der globalen Freiheit, was besonders im subsaharischen Afrika ausgeprägt ist. Von zehn Ländern insgesamt verschlechterten mit Lesotho, Gabun, Madagaskar, Mosambik und Niger fünf afrikanische Staaten ihren „demokratischen“ Zustand. Nach Freedomhouse.org

Quelle: LoNam das afrikanische Magazin, Juni/Juli 2010, Nr. 03/6. Jg., Seite 30, www.lonam.de